



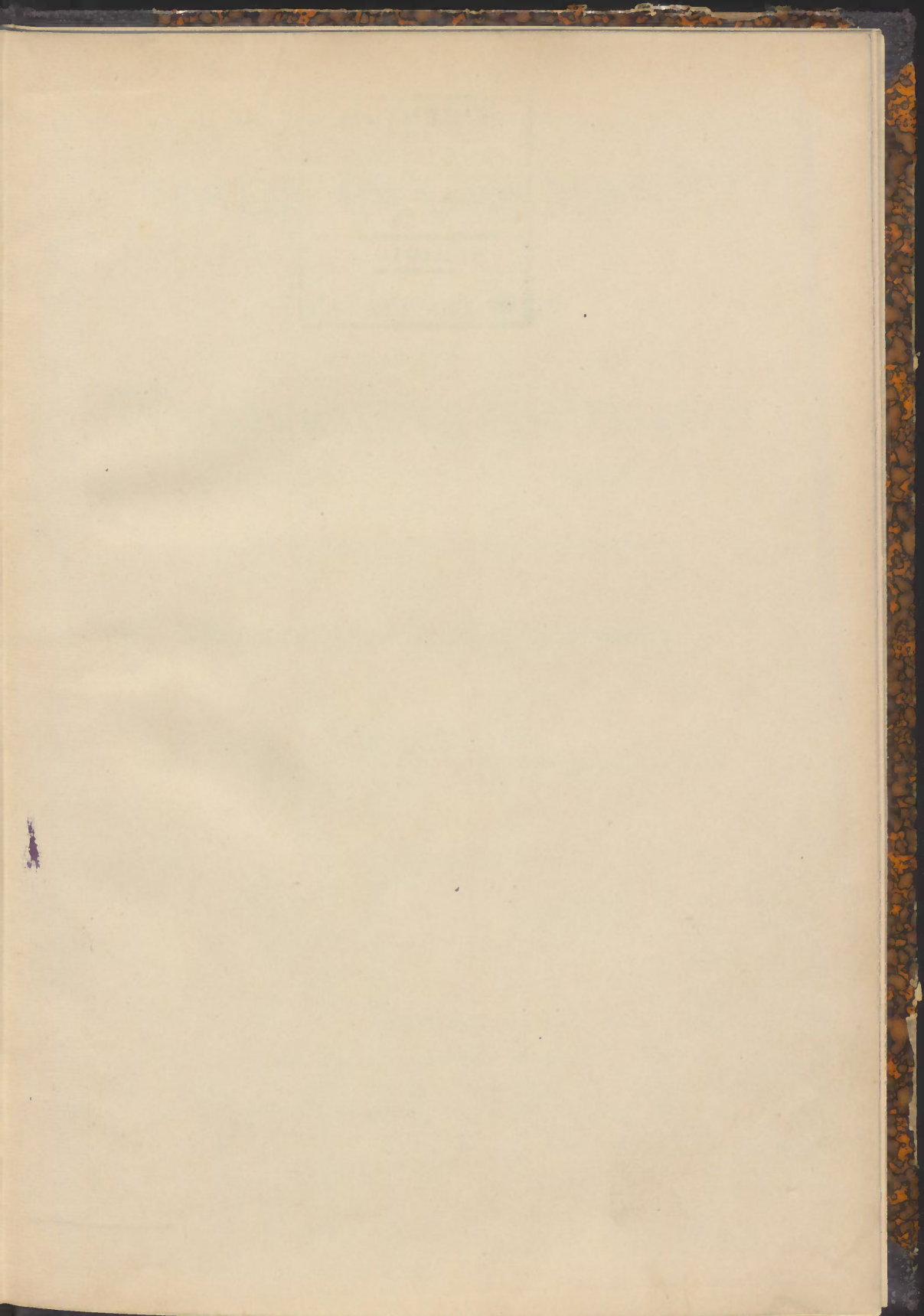
II

13142

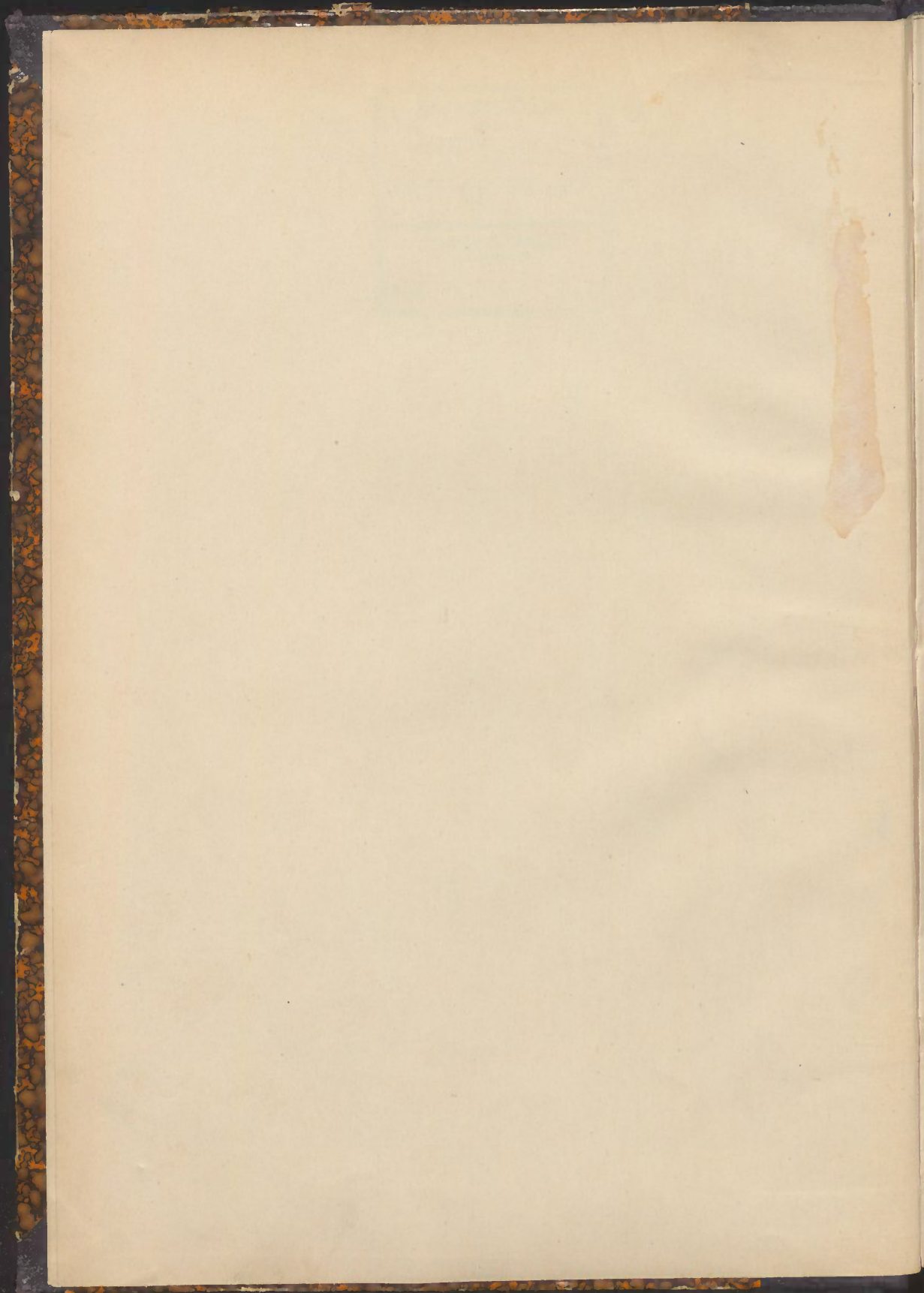


EIGENTUM  
DES  
INSTITUTS  
FOR  
WELTWIRTSCHAFT  
KIEL  
BIBLIOTHEK  
Nr. II 13142

~~5,244~~







“MADE IN GERMANY.”

Das englische Gesetz  
der  
**Waarenbezeichnung**

(The Merchandise Marks Act 1887)

50 & 51 Victoria Chapter 28

im Originaltext und in deutscher Uebersetzung

nebst

Ausführungsbestimmungen und Erläuterungen.

Von

**Robert Breitbrück,**

Deutschem Secretair des Königlich Großbritannischen General-Consuls und beeidigtem Uebersetzer  
und Dolmetscher der englischen Sprache in Hamburg.

Alle Rechte vorbehalten.

41774

Hamburg,  
**L. Friederichsen & Co.,**  
Land- und Seefartenhandlung,  
geographischer und nautischer Verlag.

Neuerwall 61. I.

1895.







## V o r w o r f.

---

Es ist mir mehrfach von interessirten Kreisen (Exporteuren, Expediteuren, Schiffsmaklern, Rechtsanwälden etc.) der Wunsch geäußert worden, eine **genaue und vollständige deutsche** Uebersetzung des „Merchandise Marks Act“ neben dem englischen Originaltext zu besitzen. Ich habe diesem Wunsche in dem vorliegenden kleinen Werke zu entsprechen mich bemüht und die auf die fragliche Akte Bezug habenden amtlichen Ausführungsbestimmungen ebenfalls im Originaltext und in deutscher Uebersetzung nebst Erläuterungen hinzugefügt. Die Uebersetzung schließt sich dem Wortlaut des Gesetzes möglichst an. Es mußte von einer leichten und fließenden Schreibweise abgesehen werden, weil der trockene und weitichweifige Stil der englischen Rechtssprache dies nicht zuläßt.

Zur Erleichterung des Nachschlagens ist bei jedem Gesetzabschnitt die Liste der betreffenden Erläuterungen und vice versa angegeben.

Da tagtäglich noch Fälle vorkommen, die eine vollständige Kenntniß der Tragweite des „Merchandise Marks Act“ verrathen, so gebe ich mich der Hoffnung hin, daß mein kleines Buch seinen Zweck — pekuniären Verlusten vorzubeugen — erreichen wird.

Hamburg, im März 1895.

H. Breitrück.





## Inhalt.

---

	Seite
1. Vorwort . . . . .	3
2. Das englische Gesetz der Waarenbezeichnung (The Merchandise Marks Act, 1887) im Originaltext und in deutscher Uebersetzung . . . . .	6
3. Ausführungs-Bestimmungen im Originaltext und in deutscher Uebersetzung	44
4. Erläuterungen . . . . .	56

---



## Das englische Gesetz der Waarenbezeichnung.

(The Merchandise Marks Act, 1887. 50 & 51 Vict. Ch. 28.)

---

### Reihenfolge der Abschnitte:

#### Abschnitt

1. Kurzer Titel.
  2. Vergehen gegen Markenschutz und Waarenbezeichnung.
  3. Auslegung.
  4. Nachahmung von Schutzmarken.
  5. Anbringung von Marken und Bezeichnungen.
  6. Ausnahme bei gewissen Personen, welche im gewöhnlichen Geschäftsgang nur als Angestellte bedienstet sind.
  7. Anwendung des Gesetzes auf Uhren.
  8. Marken auf Uhrgehäusen.
  9. Bezeichnung einer Schutzmarke im Gerichtsverfahren.
  10. Regeln über Beweiserbringung.
  11. Bestrafung der Mitbetheiligten.
  12. Gerichtlicher Befehl zur Nachsuchung.
  13. Ausdehnung des Gesetzes 22 und 23 Victoria, Capitel 17, auf Vergehen gegen vorliegendes Gesetz.
  14. Kosten der Vertheidigung oder gerichtlichen Verfolgung.
  15. Beschränkung der gerichtlichen Verfolgung.
  16. Verbotene Einfuhr von Waaren.
  17. Vorausgesetzte Verantwortlichkeit des Verkäufers bei Verkauf von Waaren, die eine Marke tragen.
  18. Die Vorschriften des Gesetzes hinsichtlich falscher Bezeichnung finden in gewissen Fällen keine Anwendung.
  19. Ausnahmefälle.
  20. Falsche Angabe, ein Hoflieferant zu sein.
  21. Anwendung des Gesetzes auf Schottland.
  22. Anwendung des Gesetzes auf Irland.
  23. Aufhebung des Gesetzes 25 und 26 Victoria Capitel 88.
-

# Merchandise Marks Act, 1887.

[50 & 51 VICT. CH. 28.]

---

## Arrangement of Sections.

### Section.

1. Short title.
  2. Offences as to trade marks and trade descriptions.
  3. Definitions.
  4. Forging trade mark.
  5. Applying marks and descriptions.
  6. Exemption of certain persons employed in ordinary course of business.
  7. Application of Act to watches.
  8. Mark on watch case.
  9. Trade mark, how described in pleading.
  10. Rules as to evidence.
  11. Punishment of accessories.
  12. Search warrant.
  13. Extension of 22 & 23 Vict. c. 17. to offences under this Act.
  14. Costs of defence or prosecution.
  15. Limitation of prosecution.
  16. Prohibition on importation.
  17. Implied warranty on sale of marked goods.
  18. Provisions of Act as to false description not to apply in certain cases.
  19. Savings.
  20. False representation as to Royal Warrant.
  21. Application of Act to Scotland.
  22. Application of Act to Ireland.
  23. Repeal of 25 & 26 Vict. c. 88.
-



## Capitel 28.

Ein Gesetz zur Befestigung und Erweiterung des Gesetzes gegen Anbringung gefälschter Waarenzeichen. 23. August 1887.

Es wird hiermit von Ihrer Erhabenen Majestät der Königin, gemäß der Rathschläge und mit Zustimmung der geistlichen und weltlichen Lords und dem Hause der Gemeinen, welche im gegenwärtigen Parlamente versammelt sind, und mit dessen Erlaubniß das Nachfolgende verordnet:

### Abschnitt 1.

(Siehe Erläuterungen auf Seite 56 und 57.)

#### Kurzer Titel.

Dieses Gesetz soll das „Gesetz der Waarenbezeichnung“ von 1887, „The Merchandise Marks Act“, genannt werden.

### Abschnitt 2.

(Siehe Erläuterungen auf Seite 58, 59 und folgende.)

#### Vergehen gegen Markenschutz und Waarenbezeichnung.

1. Jede Person, welche:

- a) eine Schutzmarke nachmacht;
- b) in betrügerischer Absicht Waaren mit einer Schutzmarke oder irgend einer Marke versieht, die einer bestehenden Schutzmarke so ähnlich ist, daß man annehmen kann, sie solle als Täuschung dienen;
- c) irgend einen Prägestempel, eine Form, eine Maschine oder anderes Instrument herstellt, um damit eine Schutzmarke zu fälschen oder um solche Geräthe zum Fälschen einer Schutzmarke zu gebrauchen;
- d) irgend welche falsche Waarenbezeichnung an Waaren anbringt;
- e) einen Prägestempel, eine Form, eine Maschine oder anderes Instrument zur Nachahmung einer Schutzmarke fortgiebt oder in seinem Besitz hat;

## Chapter 28.

An Act to consolidate and amend the Law relating to  
Fraudulent Marks on Merchandise. [23rd August 1887.]

Be it enacted by the Queen's most Excellent Majesty, by and  
with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal,  
and Commons, in this present Parliament assembled, and by the autho-  
rity of the same, as follows:

### 1.

#### Short title.

This Act may be cited as the Merchandise Marks Act, 1887.

### 2.

#### Offences as to trade marks and trade descriptions.

- 1) Every person who—
  - a) forges any trade mark; or
  - b) falsely applies to goods any trade mark or any mark so  
nearly resembling a trade mark as to be calculated to de-  
ceive; or
  - c) makes any die, block, machine, or other instrument for the  
purpose of forging, or of being used for forging, a trade  
mark; or
  - d) applies any false trade description to goods; or
  - e) disposes of or has in his possession any die, block, machine,  
or other instrument for the purpose of forging a trade  
mark; or



f) es veranlaßt, daß irgend eines der in diesem Abschnitt erwähnten Dinge zur Ausführung gelangt, soll auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes (ausgenommen, wenn der Betreffende beweisen kann, daß er nicht die Absicht gehabt hat, einen Betrug auszuführen) als schuldig betrachtet werden, sich gegen dieses Gesetz vergangen zu haben.

2. Jede Person, welche Waaren oder Sachen, die mit einer gefälschten Schutzmarke oder falscher Waarenbezeichnung versehen sind, oder welche eine Schutzmarke oder sonstige Marke tragen, die einer bestehenden Schutzmarke so ähnlich sieht, daß sie als Täuschung betrachtet werden muß, verkauft oder feil hält, oder im Besitz hält, um sie zu verkaufen, oder zu Handels- oder Fabrikationszwecken zu benutzen, soll eines Vergehens gegen dieses Gesetz schuldig befunden werden, ausgenommen wenn sie beweist:

- a) daß sie bei Beobachtung aller billigen Vorsicht, um nicht gegen dieses Gesetz zu verstoßen, zur Zeit der Ausführung des behaupteten Vergehens keinen Grund hatte, die Echtheit der Schutzmarke, Marke oder Waarenbezeichnung anzuzweifeln, und
- b) daß dieselbe auf Verlangen des Klägers alle und jede Auskunft erteilt, wozu sie im Stande ist, hinsichtlich der Personen, von denen sie diese Waaren oder Sachen empfangen hat; oder:
- c) daß sie auch sonst ohne jede böse Absicht gehandelt habe.

3. Jede Person, welche sich gegen dieses Gesetz vergeht, unterliegt:

- I) bei Verurtheilung vor einer großen Jury einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren Gefängniß oder Zuchthaus, oder einer Geldstrafe oder einer Freiheits- verbunden mit Geldstrafe; und
- II) bei summarischem Verfahren einer Freiheitsstrafe bis zu 4 Monaten Gefängniß oder Zuchthaus oder einer Geldstrafe bis zu zwanzig Pfund Sterling und im Falle einer zweiten oder nochmaligen Verurtheilung bis zu sechs Monaten Gefängniß oder Zuchthaus, oder einer Geldstrafe bis zu fünfzig Pfund Sterling; und
- III) in jedem Falle unterliegen die betreffenden Waaren, Artikel, Instrumente oder Sachen, womit oder in Verbindung mit welchen das Vergehen stattgefunden hat, der Confiscation zu Gunsten der Regierung.

4. Der Gerichtshof, vor welchem eine Person auf Grund dieses Gesetzesabschnittes verurtheilt wird, hat das Recht, die Vernichtung der gefälschten Artikel anzuordnen oder anderweitig darüber zu verfügen, wie derselbe es für angemessen findet.

f) causes any of the things above in this section mentioned to be done,  
shall, subject to the provisions of this Act, and unless he proves that he acted without intent to defraud, be guilty of an offence against this Act.

2) Every person who sells, or exposes for, or has in his possession for, sale, or any purpose of trade or manufacture, any goods or things to which any forged trade mark or false trade description is applied, or to which any trade mark or mark so nearly resembling a trade mark as to be calculated to deceive is falsely applied, as the case may be, shall, unless he proves—

- a) That having taken all reasonable precautions against committing an offence against this Act, he had at the time of the commission of the alleged offence no reason to suspect the genuineness of the trade mark, mark, or trade description; and
  - b) That on demand made by or on behalf of the prosecutor, he gave all the information in his power with respect to the persons from whom he obtained such goods or things; or
  - c) That otherwise he had acted innocently;
- be guilty of an offence against this Act.

3) Every person guilty of an offence against this Act shall be liable—

- i) on conviction on indictment, to imprisonment, with or without hard labour, for a term not exceeding two years, or to fine, or to both imprisonment and fine; and
- ii) on summary conviction to imprisonment, with or without hard labour, for a term not exceeding four months, or to a fine not exceeding twenty pounds, and in the case of a second or subsequent conviction to imprisonment, with or without hard labour, for a term not exceeding six months, or to a fine not exceeding fifty pounds; and
- iii) in any case, to forfeit to Her Majesty every chattel, article, instrument, or thing by means of or in relation to which the offence has been committed.

4) The court before whom any person is convicted under this section may order any forfeited articles to be destroyed or otherwise disposed of as the court thinks fit.



5. Falls eine Person sich durch eine Verurtheilung Seitens eines Gerichtshofes mit summarischem Verfahren beeinträchtigt fühlt, so kann dieselbe bei einem Gerichtshof mit vierteljährlichen Sitzungen Berufung einlegen.

6. Ein Vergehen gegen dieses Gesetz, dessen sich eine Person schuldig gemacht hat, und welches auf summarischem Wege zu verfolgen ist, kann in der Weise bestraft werden, wie die Gesetze, betreffend das summarische Gerichtsverfahren (Summary Jurisdiction Acts), es vorschreiben. In gleicher Weise können Waaren, welche auf Grund dieses Gesetzes der Confiscation durch Urtheil eines Gerichtes mit summarischem Verfahren unterliegen, confiscirt werden. Es wird dabei der Vorbehalt gemacht, daß eine Person, die auf Grund dieses Abschnitts wegen eines Vergehens vor einem Gerichtshof mit summarischem Verfahren angeklagt ist, beim Erscheinen vor Gericht, und ehe die Sache verhandelt wird, davon in Kenntniß zu setzen ist, daß sie das Recht hat, vor einer großen Jury sich verantworten zu können, und falls die Person dieses vorzieht, so soll es demgemäß geschehen.

### Abchnitt 3.

(Siehe Erläuterungen auf Seite 59, 60 und 61.)

### Auslegung.

1. Im Sinne dieses Gesetzes bedeutet der Ausdruck „Schutzmarke“ (Trade Mark) eine in Gemäßheit des Gesetzes von 1883, betreffend Patente, Muster und Schutzmarken, in das Schutzmarkenregister eingetragene Schutzmarke und schließt jede Schutzmarke ein welche, sei es mit oder ohne Eintragung, in einer englischen Besitzung oder einem fremden Staat, auf welche die Vorschriften des Abschnitts Ein Hundert und Drei des Gesetzes von 1883, betreffend Patente, Muster und Schutzmarken, laut Beschluß des Kronraths (Order in Council) derzeit Anwendung finden, gesetzlich geschützt ist.

Der Ausdruck „Waarenbezeichnung“ (trade description) bedeutet eine mittelbare oder unmittelbare Bezeichnung, Angabe oder andere Benennung hinsichtlich:

- a) der Anzahl, Menge, des Maßes, der Mithung oder des Gewichtes von Waaren, oder
- b) des Platzes oder Landes, in welchem die Waaren hergestellt oder erzeugt worden sind, oder
- c) der Art der Herstellung oder Erzeugung von Waaren, oder
- d) des Stoffes, aus dem Waaren hergestellt werden, oder
- e) der Thatsache, ob Waaren durch ein bestehendes Patent, Vorrecht oder Verlagsrecht geschützt sind,

5) If any person feels aggrieved by any conviction made by a court of summary jurisdiction, he may appeal therefrom to a court of quarter sessions.

6) Any offence for which a person is under this Act liable to punishment on summary conviction may be prosecuted, and any articles liable to be forfeited under this Act by a court of summary jurisdiction may be forfeited, in manner provided by the Summary Jurisdiction Acts: Provided that a person charged with an offence under this section before a court of summary jurisdiction shall, on appearing before the court, and before the charge is gone into, be informed of his right to be tried on indictment, and if he requires be so tried accordingly.

### 3.

#### Definitions 46 & 47 Vict. c. 57.

1) For the purposes of this Act—

The expression “trade mark” means a trade mark registered in the register of trade marks kept under the Patents, Designs, and Trade Marks Act, 1883, and includes any trade mark which, either with or without registration, is protected by law in any British possession or foreign State to which the provisions of the one hundred and third section of the Patents, Designs, and Trade Marks Act, 1883, are, under Order in Council, for the time being applicable:

The expression “trade description” means any description, statement, or other indication, direct or indirect,

- a) as to the number, quantity, measure, gauge, or weight of any goods, or
- b) as to the place or country in which any goods were made or produced, or
- c) as to the mode of manufacturing or producing any goods, or
- d) as to the material of which any goods are composed, or
- e) as to any goods being the subject of an existing patent, privilege, or copyright,



und soll die Anwendung einer Figur, eines Wortes oder einer Marke, welche dem Handelsgebrauch nach gewöhnlich als eine Andeutung einer der obigen Thatfachen betrachtet wird, als eine Waarenbezeichnung im Sinne des vorliegenden Gesetzes gelten.

Der Ausdruck „falsche Waarenbezeichnung“ bedeutet eine Waarenbezeichnung, welche in einem wichtigen Punkt der die damit bezeichneten Waaren betrifft, falsch ist, und umfaßt jede Abänderung einer Waarenbezeichnung, sei es durch Hinzufügung, Weglassung oder andere Veränderungen, wodurch die Bezeichnung in ihrem wesentlichen Theil falsch wird, und soll die Thatfache, daß eine Waarenbezeichnung eine Schutzmarke oder einen Theil einer Schutzmarke bildet, nicht verhindern, daß eine solche Waarenbezeichnung als eine falsche Waarenbezeichnung im Sinne des Gesetzes gilt.

Der Ausdruck „Waaren“ bezieht sich auf irgend einen Gegenstand, welcher gehandelt, hergestellt oder vertrieben werden kann.

Die Ausdrücke „Person“, „Fabrikant“, „Händler“ oder „Verkäufer“ und „Eigenthümer“ umfassen eine Vereinigung von Personen, gleichviel, ob diese behördlich eingetragen ist oder nicht.

Der Ausdruck „Name“ umfaßt auch die Abkürzung eines Namens.

2. Die Vorschriften des vorliegenden Gesetzes hinsichtlich der Anbringung einer falschen Waarenbezeichnung sollen sich auch auf die Anbringung solcher Figuren, Wörter oder Marken oder deren Anwendung oder Zusammensetzung, ob sie nun eine Schutzmarke einschließen oder nicht, erstrecken, welche billigerweise dazu berechnet sind, Personen glauben zu machen, daß die betreffenden Waaren die Erzeugnisse oder Handelsartikel einer anderen Person sind, als derjenigen Person, deren Erzeugniß oder Handelsartikel sie thatsächlich sind.

3. Die Vorschriften des vorliegenden Gesetzes hinsichtlich der Anbringung einer falschen Bezeichnung an Waaren oder in Bezug auf Waaren, an welchen eine Waarenbezeichnung fälschlich angebracht ist, sollen sich ebenfalls auf solche Waaren erstrecken, welche einen falschen Namen oder die falschen Vorbuchstaben einer Person tragen, sowie auf die Anbringung eines falschen Namens oder der Vorbuchstaben einer Person auf Waaren, und zwar in derselben Weise, als wenn solcher Name oder solche Vorbuchstaben eine Waarenbezeichnung darstellten, und soll im Sinne dieses Gesetzes der Ausdruck „falscher Name“ oder „falsche Vorbuchstaben“, welcher auf Waaren angebracht ist, den Namen oder die Vorbuchstaben einer Person bedeuten, welche

a) keine Schutzmarke oder ein Theil einer Schutzmarke sind und

and the use of any figure, word, or mark which, according to the custom of the trade, is commonly taken to be an indication of any of the above matters, shall be deemed to be a trade description within the meaning of this Act:

The expression "false trade description" means a trade description which is false in a material respect as regards the goods to which it is applied, and includes every alteration of a trade description, whether by way of addition, effacement, or otherwise, where that alteration makes the description false in a material respect, and the fact that a trade description is a trade mark, or part of a trade mark, shall not prevent such trade description being a false trade description within the meaning of this Act:

The expression "goods" means anything which is the subject of trade, manufacture, or merchandise:

The expressions "person", "manufacturer, dealer, or trader", and "proprietor" include any body of persons corporate or unincorporate:

The expression "name" includes any abbreviation of a name.

2) The provisions of this Act respecting the application of a false trade description to goods shall extend to the application to goods of any such figures, words, or marks, or arrangement or combination thereof, whether including a trade mark or not, as are reasonably calculated to lead persons to believe that the goods are the manufacture or merchandise of some person other than the person whose manufacture or merchandise they really are.

3) The provisions of this Act respecting the application of a false trade description to goods, or respecting goods to which a false trade description is applied, shall extend to the application to goods of any false name or initials of a person, and to goods with the false name or initials of a person applied, in like manner as if such name or initials were a trade description, and for the purpose of this enactment the expression false name or initials means as applied to any goods, any name or initials of a person which—

a) are not a trade mark, or part of a trade mark, and



- b) übereinstimmend sind mit oder eine augenscheinliche Nachahmung bilden des Namens oder der Vorbuchstaben einer Person, welche ein Geschäft mit Waaren derselben Bezeichnung betreibt und diese Bezeichnung zu gebrauchen nur allein berechtigt ist und keine Befugniß dazu ertheilt hat, solchen Namen oder solche Vorbuchstaben zu gebrauchen, und
- c) entweder Name und Vorbuchstaben einer fingirten Person oder solcher Personen sind, die nicht „bona fide“ ein Geschäft mit solchen Waaren betreiben.

#### Abschnitt 4.

(Siehe Erläuterungen auf Seite 58, 59 und 63.)

##### Nachahmung von Schutzmarken.

Eine Person soll der Nachahmung einer Schutzmarke schuldig befunden werden, wenn sie:

- a) ohne Zustimmung des Inhabers der Schutzmarke die letztere gebraucht oder eine Marke anwendet, welche der betreffenden Schutzmarke so ähnlich nachgeahmt ist, daß sie auf Täuschung berechnet zu sein erscheint, oder:
- b) eine echte Schutzmarke fälscht, sei es durch eine Abänderung, eine Hinzufügung, durch eine Auslöschung oder in anderer Weise;

und ist jede so hergestellte oder gefälschte Schutzmarke oder Marke in vorliegendem Gesetz als eine gefälschte Schutzmarke bezeichnet. Es wird dabei vorausgesetzt, daß bei der Verfolgung eines Vergehens wegen Nachahmung einer Schutzmarke die Erbringung des Beweises, daß der Inhaber seine Einwilligung zu deren Gebrauch gegeben hat, die Pflicht des Angeklagten sein soll.

#### Abschnitt 5.

(Siehe Erläuterungen auf Seite 60—65.)

##### Anbringung von Marken und Bezeichnungen.

1. Eine Person soll sich der Anbringung einer Schutzmarke oder Marke an oder Bezeichnung von Waaren schuldig machen, welche:
  - a) sie selbst an den betreffenden Waaren anbringt; oder
  - b) dieselben auf der Umhüllung, der Etiquette oder der Rolle oder auf dem anderen Gegenstand anbringt, in denen die betreffenden Waaren verkauft oder feilgehalten oder im Besitz gehalten werden, um dieselben zu verkaufen, um damit zu handeln oder um sie herzustellen, oder:

- b) are identical with, or a colourable imitation of the name or initials of a person carrying on business in connexion with goods of the same description, and not having authorised the use of such name or initials, and
- c) are either those of a fictitious person or of some person not bonâ fide carrying on business in connexion with such goods.

4.

Forging trade mark.

A person shall be deemed to forge a trade mark who either—

- a) without the assent of the proprietor of the trade mark makes that trade mark or a mark so nearly resembling that trade mark as to be calculated to deceive; or
  - b) falsifies any genuine trade mark, whether by alteration, addition, effacement, or otherwise;
- and any trade mark or mark so made or falsified is in this Act referred to as a forged trade mark.

Provided that in any prosecution for forging a trade mark the burden of proving the assent of the proprietor shall lie on the defendant.

5.

Applying marks and descriptions

- 1) A person shall be deemed to apply a trade mark or mark or trade description to goods who—
  - a) applies it to the goods themselves; or
  - b) applies it to any covering, label, reel, or other thing in or with which the goods are sold or exposed or had in possession for any purpose of sale, trade, or manufacture; or





- c) Waaren, welche verkauft oder feilgehalten sind oder im Besitz gehalten werden, um dieselben zu verkaufen, um damit zu handeln oder um dieselben herzustellen, mit Umhüllungen versieht oder sie darin verpackt, dieselben mit Etiquetten oder Rollen oder anderen Gegenständen ausstattet, auf welchen eine Schutzmarke oder Waarenbezeichnung angebracht ist; oder:
- d) eine Schutzmarke oder Marke oder Waarenbezeichnung in solcher Weise gebraucht, die dazu berechnet erscheint, den Glauben zu erwecken, daß die Waaren, in Verbindung mit denen sie gebraucht werden, durch die betreffende Schutzmarke oder Marke oder Waarenbezeichnung gekennzeichnet oder bestimmt werden.

2. Der Ausdruck „Verpackung“ umfaßt Verschlüsse, Fässer, Flaschen, Gefäße, Kisten, Deckel, Kapseln, Kasten, Rahmen oder Kreuzband, und der Ausdruck „Etiquette“ schließt auch Bänder oder Karten ein.

Eine Schutzmarke oder Marke oder Waarenbezeichnung soll als angebracht angesehen werden, gleichviel ob dieselbe nun eingewebt, eingepreßt oder in irgend einer anderen Weise hineingearbeitet oder angefügt oder an den Gütern oder deren Verpackung, Etiquette, einer Rolle oder anderem Gegenstand angebracht ist.

3. Es soll eine Person der fälschlichen Anbringung einer Schutzmarke oder Marke an Waaren schuldig befunden werden, welche ohne Zustimmung des Inhabers einer Schutzmarke dieselbe anbringt oder eine Marke anbringt, welche der ersteren so ähnlich sieht, daß dieselbe dazu berechnet erscheint, eine Täuschung hervorzurufen, jedoch soll bei der Verfolgung eines Vergehens wegen fälschlicher Anbringung einer Schutzmarke oder Marke an Waaren die Verpflichtung, die Einwilligung des Inhabers nachzuweisen, auf Seiten des Beklagten liegen.

## Abschnitt 6.

Ausnahmefälle bei gewissen Personen, welche im gewöhnlichen Geschäftsgang nur als Angestellte bedienstet sind.

In solchen Fällen, wo ein Angeklagter beschuldigt wird, einen Stempel, eine Form, Maschine oder ein anderes Instrument angefertigt zu haben, und zwar zu dem Zwecke, eine Schutzmarke zu fälschen oder diese Instrumente zur Fälschung einer Schutzmarke zu gebrauchen, oder falls derselbe angeklagt ist, eine Schutzmarke fälschlich an Waaren angebracht zu haben oder eine andere Marke angefügt zu haben, welche der echten

- c) places, encloses, or annexes any goods which are sold or exposed or had in possession for any purpose of sale, trade, or manufacture, in, with, or to any covering, label, reel, or other thing to which a trade mark or trade description has been applied; or
- d) uses a trade mark or mark or trade description in any manner calculated to lead to the belief that the goods in connexion with which it is used are designated or described by that trade mark or mark or trade description.

2) The expression "covering" includes any stopper, cask, bottle, vessel, box, cover, capsule, case, frame, or wrapper; and the expression "label" includes any band or ticket.

A trade mark, or mark, or trade description, shall be deemed to be applied whether it is woven, impressed, or otherwise worked into, or annexed, or affixed to the goods, or to any covering, label, reel, or other thing.

3) A person shall be deemed to falsely apply to goods a trade mark or mark, who without the assent of the proprietor of a trade mark applies such trade mark, or a mark so nearly resembling it as to be calculated to deceive, but in any prosecution for falsely applying a trade mark or mark to goods the burden of proving the assent of the proprietor shall lie on the defendant.

## 6.

### Exemption of certain persons employed in ordinary course of business.

Where a defendant is charged with making any die, block, machine, or other instrument for the purpose of forging, or being used for forging, a trade mark, or with falsely applying to goods any trade mark or any mark so nearly resembling a trade mark as to be calculated to deceive, or with applying to goods any false trade

2\*



Schutzmarke so ähnlich sieht, daß sie dazu berechnet erscheint, eine Täuschung hervorzurufen, oder an Waaren falsche Waarenbezeichnungen anzubringen oder irgend eine der Handlungen veranlaßt zu haben, welche in diesem Abschnitt erwähnt sind, und falls der Angeklagte alsdann Beweise dafür erbringt:

- a) daß es im gewöhnlichen Gang seines Geschäftes als Angestellter seine Beschäftigung ist, für Rechnung anderer Personen Stempel, Formen, Maschinen oder andere Instrumente zu verfertigen, um Schutzmarken herzustellen, oder um zur Herstellung solcher zu dienen, oder wie die Sache nun liegen mag, Marken oder Bezeichnungen an Waaren anzubringen, und daß in der Sache, welche den Grund der Anklage bildet, er solcherweise von einer Person, die im Vereinigten Königreich wohnt, als Angestellter im Dienst genommen worden ist, und daß er in keiner Weise einen Antheil an den betreffenden Waaren hatte, sei es im Wege eines Gewinnes oder einer Commission, die sich nach dem Verkauf der Waaren richtete; und
- b) daß er die gehörigen Vorsichtsmaßregeln gebraucht hat, um sich nicht des Vergehens schuldig zu machen, dessen er angeklagt wird; und:
- c) daß er zur Zeit der Ausführung des angeblichen Vergehens keinen Grund hatte, die Echtheit der betreffenden Schutzmarke, Marke oder Waarenbezeichnung anzuzweifeln; und:
- d) daß er dem Kläger alle Auskunft erteilt hat, die er zu geben im Stande ist, und die sich auf die Personen bezieht, für deren Rechnung die betreffende Schutzmarke, Marke oder Waarenbezeichnung angebracht wurde:

so soll der Angeklagte außer Verfolgung zu setzen sein, soll jedoch der Verpflichtung unterliegen, die Kosten zu tragen, welche dem Kläger erwachsen sind, es sei denn, daß er vorschriftsmäßige Anzeige davon gemacht hat, daß er sich auf obige Beweismittel stützt.

## Abschnitt 7.

(Siehe Erläuterungen auf Seite 65 und 66.)

### Anwendung des Gesetzes auf Uhren.

In Fällen, wo ein Uhrgehäuse Wörter oder Marken trägt, welche eine Bezeichnung des Landes der Herstellung bilden oder der gewöhnlichen Auffassung nach zu bilden scheinen, und die Uhr keine Bezeichnung desjenigen Landes trägt, in dem sie thatsächlich hergestellt worden ist, so sollen diese Wörter oder Marken prima facie als Bezeichnung des

description, or causing any of the things in this section mentioned to be done, and proves —

- a) That in the ordinary course of his business he is employed, on behalf of other persons, to make dies, blocks, machines, or other instruments for making, or being used in making, trade marks, or as the case may be, to apply marks or descriptions to goods, and that in the case which is the subject of the charge he was so employed by some person resident in the United Kingdom, and was not interested in the goods by way of profit or commission dependent on the sale of such goods; and
- b) That he took reasonable precautions against committing the offence charged; and
- c) That he had, at the time of the commission of the alleged offence, no reason to suspect the genuineness of the trade mark, mark, or trade description; and
- d) That he gave to the prosecutor all the information in his power with respect to the persons on whose behalf the trade mark, mark, or description was applied—

he shall be discharged from the prosecution, but shall be liable to pay the costs incurred by the prosecutor, unless he has given due notice to him that he will rely on the above defence.

## 7.

### Application of Act to watches.

Where a watch case has thereon any words or marks which constitute, or are by common repute considered as constituting, a description of the country in which the watch was made, and the watch bears no description of the country where it was made, those words or marks shall *prima facie* be deemed to be a description



betreffenden Landes im Sinne dieses Gesetzes betrachtet werden, und sollen die Regeln des vorliegenden Gesetzes hinsichtlich der Waaren, an denen falsche Bezeichnungen angebracht sind, und hinsichtlich des Verkaufes oder der Feilhaltung oder des Besizes zu Verkaufszwecken oder zu irgend welchen Handelszwecken oder Fabrikationszwecken von Waaren mit falscher Bezeichnung demgemäß anwendbar sein, und umfaßt der Ausdruck „Uhr“ im Sinne dieses Gesetz-Abschnittes sämtliche Theile einer Uhr mit Ausnahme des Gehäuses.

### Abchnitt 8.

(Siehe Erläuterungen auf Seite 65 und 66.)

#### Marken auf Uhrgehäuse.

1. Jede Person, welche nach dem Datum, das vom Königlichen Kronrath mittelst Verfügung (Order in Council) festgesetzt wird, ein Uhrgehäuse, gleichviel, ob dasselbe vom Ausland eingeführt worden ist oder nicht, nach einem Nichtamte im Vereinigten Königreich hinbringt, um dasselbe dortselbst aichen, abstempeln oder marken zu lassen, muß eine Erklärung abgeben, in welcher sie die Angabe macht, in welchem Lande oder Plaze das Gehäuse hergestellt worden ist.

Falls aus solcher Erklärung hervorgeht, daß das betreffende Uhrgehäuse in einem Lande oder Plaze außerhalb des Vereinigten Königreichs angefertigt worden ist, so soll das Nichtamt auf dem Gehäuse eine solche Marke anbringen und in solch' einer Weise die Anbringung vornehmen, wie dieses von Zeit zu Zeit vom Königlichen Kronrath mittelst Verfügung angeordnet wird.

Die oben erwähnte Marke muß sich jedoch von derjenigen unterscheiden, welche vom Nichtamt auf einem Uhrgehäuse angebracht wird, welches im Vereinigten Königreich hergestellt worden ist.

2. Die Erklärung muß vor einem Beamten des Nichtamtes abgegeben werden, welcher dazu Seitens des Amtes ernannt worden ist, und welcher Beamte hierdurch dazu befugt wird, eine solche Erklärung entgegen zu nehmen. Die Erklärung kann auch vor einem Friedensrichter abgegeben werden oder vor einem Commissar, welcher das Recht hat, Eide im Bereiche der Gerichtsbarkeit des Obergerichtes in England oder Irland oder des Sessionsgerichts in Schottland abzunehmen, und soll in solcher Form gehalten sein, wie solches von Zeit zu Zeit mittelst Verfügung vom Königlichen Kronrath angeordnet wird.

3. Jede Person, welche sich einer falschen Angabe im Sinne dieses Gesetzabschnittes schuldig macht, soll bei einem Verfahren vor der großen



of that country within the meaning of this Act, and the provisions of this Act with respect to goods to which a false trade description has been applied, and with respect to selling or exposing for or having in possession for sale, or any purpose of trade or manufacture, goods with a false trade description, shall apply accordingly, and for the purposes of this section the expression "watch" means all that portion of a watch which is not the watch case.

8.

Mark on watch case.

1) Every person who after the date fixed by Order in Council sends or brings a watch case, whether imported or not, to any assay office in the United Kingdom for the purpose of being assayed, stamped, or marked, shall make a declaration declaring in what country or place the case was made. If it appears by such declaration that the watch case was made in some country or place out of the United Kingdom, the assay office shall place on the case such a mark (differing from the mark placed by the office on a watch case made in the United Kingdom), and in such a mode as may be from time to time directed by Order in Council.

2) The declaration may be made before an officer of an assay office, appointed in that behalf by the office (which officer is hereby authorised to administer such a declaration), or before a justice of the peace, or a commissioner having power to administer oaths in the Supreme Court of Judicature in England or Ireland, or in the Court of Session in Scotland, and shall be in such form as may be from time to time directed by Order in Council.

3) Every person who makes a false declaration for the purposes of this section shall be liable, on conviction on indictment, to the



Jury den festgesetzten Strafen für Meineid unterliegen und bei einem summarischen Verfahren einer Geldstrafe bis zu zwanzig Pfund für jedes einzelne Vergehen verfallen.

### Abchnitt 9.

#### Bezeichnung einer Schutzmarke im gerichtlichen Verfahren.

Bei einer Klagesache, einem gerichtlichen Verfahren oder in einer Urkunde, in welcher eine Schutzmarke oder gefälschte Schutzmarke zu erwähnen beabsichtigt wird, soll es genügen, ohne eine weitere Beschreibung oder Abzeichnung davon zu bringen, anzugeben, daß die betreffende Schutzmarke oder gefälschte Schutzmarke eine Schutzmarke oder gefälschte Schutzmarke ist.

### Abchnitt 10.

(Siehe Erläuterungen auf Seite 58 u. 64.)

#### Regeln über Beweiserbringung.

Bei Verfolgung eines Vergehens gegen dieses Gesetz:

1. kann ein Angeklagter und dessen Ehefrau oder deren Ehemann, wie die Sache nun liegen mag, als Zeuge aufgerufen werden, wenn der Beklagte es für angemessen erachtet, und, falls dieses geschieht, soll der Zeuge in derselben Weise beeidigt, verhört, einem Kreuzverhör unterworfen und nochmals verhört werden, wie es bei jedem anderen Zeugen geschieht.
2. Falls es sich um importirte Waaren handelt, soll der Beweis über den Verschiffungshafen als prima facie-Beweis desjenigen Plazes oder Landes gelten, in welchem die Waaren gemacht oder hergestellt worden sind.

### Abchnitt 11.

#### Bestrafung der Mitbetheiligten.

Eine Person, welche innerhalb der Grenzen des Vereinigten Königreichs ihren Wohnsitz hat und die einer Handlung außerhalb dieser Grenzen Vorschub leistet, darin Rath ertheilt, beschützt, anstiftet oder daran mitbetheiligt ist, welche Handlung, falls sie im Vereinigten Königreich begangen wäre, als ein Vergehen betrachtet werden würde, soll sich eines solchen Vergehens als Hauptthäter schuldig machen, und soll die betreffende Person einer Anklage, einem gerichtlichen Verfahren, der Verfolgung und Bestrafung in irgend einer Grafschaft oder einem Plaze im Vereinigten Königreich, wo dieselbe sich befindet, ausgesetzt sein, und zwar gerade so, als wenn das Vergehen dort begangen worden wäre.

penalties of perjury, and on summary conviction to a fine not exceeding twenty pounds for each offence.

9.

Trade mark, how described in pleading.

In any indictment, pleading, proceeding, or document, in which any trade mark or forged trade mark is intended to be mentioned, it shall be sufficient, without further description and without any copy or facsimile, to state that trade mark or forged trade mark to be a trade mark or forged trade mark.

10.

Rules as to evidence.

In any prosecution for an offence against this Act,—

- 1) A defendant, and his wife or her husband, as the case may be, may, if the defendant thinks fit, be called as a witness, and, if called, shall be sworn and examined, and may be cross-examined and re-examined in like manner as any other witness.
- 2) In the case of imported goods, evidence of the port of shipment shall be *prima facie* evidence of the place or country in which the goods were made or produced.

11.

Punishment of accessories.

Any person who, being within the United Kingdom, procures, counsels, aids, abets, or is accessory to the commission, without the United Kingdom, of any act, which, if committed in the United Kingdom, would under this Act be a misdemeanour, shall be guilty of that misdemeanour as a principal, and be liable to be indicted, proceeded against, tried, and convicted in any county or place in the United Kingdom in which he may be, as if the misdemeanour had been there committed.



## Abschnitt 12.

### Gerichtlicher Befehl einer Nachsuchung.

1. In Fällen, wo bei der Anzeige eines stattgefundenen Vergehens gegen das vorliegende Gesetz ein Richter entweder eine Vorladung erlassen hat, durch welche der des Vergehens Angeklagte aufgefordert wird, vor ihm zu erscheinen, um sich zu verantworten, oder einen Haftbefehl gegen den Angeklagten erlassen hat, und wo der erwähnte Richter nach Erlaß der Vorladung oder des Haftbefehls oder ein anderer Richter durch beschworene Angabe die Ueberzeugung gewinnt, daß genügender Grund zur Annahme vorhanden ist, es befänden sich im Hause des Angeklagten oder an irgend einem Orte Waaren und Sachen im Besitz oder unter Controle des Angeklagten, die mit dem Vergehen in irgend welcher Beziehung stehen, so ist der betreffende Richter befugt, einen mit seiner Unterschrift versehenen Befehl auszustellen, auf Grund dessen es einem Polizei-Angestellten, welcher in dem Schriftstück benannt sein muß, gesetzlich zustehen soll, ein derartiges Haus, Wohnung oder solchen Ort zu irgend einer passend erscheinenden Tageszeit zu betreten und dortselbst nach diesen Waaren und Sachen Nachsuchung zu halten und dieselben wegzunehmen und mit Beschlag zu belegen.

Die solcherweise mit Beschlag belegten Waaren oder Sachen müssen einem Gerichtshof mit summarischem Verfahren überantwortet werden, um darüber zu entscheiden, ob dieselben dem Verfall auf Grund dieses Gesetzes unterliegen oder nicht.

2. Falls der Eigenthümer irgend welcher Waaren oder Sachen, welche, falls der Besitzer verurtheilt worden wäre, dem Verfall auf Grund dieses Gesetzes unterliegen, unbekannt ist oder nicht gefunden werden kann, so kann eine Aufforderung oder ein Antrag zum alleinigen Zweck der Herbeiführung des Verfalls eingebracht werden. Es ist einem Gerichtshof mit summarischem Verfahren gestattet, eine Anzeige zu erlassen des Inhalts, daß die betreffenden Sachen als verfallen anzusehen sind, ausgenommen, daß bis zu der in der Anzeige benannten Zeit Gegenbeweise erbracht sind. Der Gerichtshof ist ferner befugt, zur festgesetzten Zeit den Befehl zur Einziehung der betreffenden Waaren zu ertheilen, es sei denn, daß der Besitzer oder irgend eine andere Person, welche an der betreffenden Waare Antheil hat, genügende Gegenbeweise erbringt.

3. Waaren oder Sachen, die auf Grund dieses Abschnitts oder auf Grund irgend einer anderen Vorschrift dieses Gesetzes als verfallen erklärt worden sind, können entweder vernichtet oder kann sonstwie darüber verfügt werden, und zwar in solcher Weise, wie der Gerichtshof, der sie als verfallen erklärt, es vorschreibt.

12.

Search warrant.

1) Where, upon information of an offence against this Act, a justice has issued either a summons requiring the defendant charged by such information to appear to answer to the same, or a warrant for the arrest of such defendant, and either the said justice on or after issuing the summons or warrant, or any other justice, is satisfied by information on oath that there is reasonable cause to suspect that any goods or things by means of or in relation to which such offence has been committed are in any house or premises of the defendant, or otherwise in his possession or under his control in any place, such justice may issue a warrant under his hand by virtue of which it shall be lawful for any constable named or referred to in the warrant, to enter such house, premises, or place at any reasonable time by day, and to search there for and seize and take away those goods or things; and any goods or things seized under any such warrant shall be brought before a court of summary jurisdiction for the purpose of its being determined whether the same are or are not liable to forfeiture under this Act.

2) If the owner of any goods or things which, if the owner thereof had been convicted, would be liable to forfeiture under this Act, is unknown or cannot be found, an information or complaint may be laid for the purpose only of enforcing such forfeiture, and a court of summary jurisdiction may cause notice to be advertised stating that, unless cause is shown to the contrary at the time and place named in the notice, such goods or things will be forfeited, and at such time and place the court, unless the owner or any person on his behalf, or other person interested in the goods or things, shows cause to the contrary, may order such goods or things or any of them to be forfeited.

3) Any goods or things forfeited under this section, or under any other provision of this Act, may be destroyed or otherwise disposed of, in such manner as the court by which the same are forfeited may direct, and the court may, out of any proceeds which may



Der Gerichtshof ist befugt, aus dem Erlös des Verkaufes solcher Waaren (von denen jedoch vorher alle Schutzmarken und Waarenbezeichnungen entfernt werden müssen) irgend welcher unschuldigen Partei eine Entschädigung für Verluste zu gewähren, die sie unschuldiger Weise beim Vertrieb dieser Waaren erlitten hat.

### Abchnitt 13.

Ausdehnung des Gesetzes 22 und 23 Victoria, Capitel 17, auf Vergehen gegen vorliegendes Gesetz.

Das Gesetz, welches im zweiundzwanzigsten und dreiundzwanzigsten Regierungsjahre Ihrer gegenwärtigen Majestät unter Capitel 17 erlassen worden und betitelt ist: „Ein Gesetz zur Verhinderung von erschwerenden Anklagen wegen gewisser Vergehen“, soll sich auf irgend eine Uebertretung des vorliegenden Gesetzes erstrecken, und zwar in derselben Weise, als wenn diese Uebertretung der Art wäre, wie sie in Abschnitt 1 jenes Gesetzes erwähnt ist, jedoch soll sich dieser Gesetzesabschnitt nicht auf Schottland beziehen.

### Abchnitt 14.

Vertheidigungs- und Verfolgungskosten.

Bei eintretender Verfolgung auf Grund dieses Gesetzes kann der Gerichtshof die Kosten dem Kläger zu Gunsten des Beklagten auferlegen oder auch dem Beklagten zu Gunsten des Klägers, wobei der Gerichtshof auf die Aussagen und das Betragen des Klägers wie des Beklagten Bedacht zu nehmen hat.

### Abchnitt 15.

Grenze der Verfolgung.

Es darf keine Verfolgung für ein Vergehen gegen dieses Gesetz nach Verlauf von drei Jahren nach Begehung desselben oder ein Jahr nach der ersten Entdeckung des Vergehens durch den Kläger eingeleitet werden, je nachdem die eine oder die andere dieser Fristen zuerst abläuft.

### Abchnitt 16.

(Siehe Erläuterungen auf Seite 59 und folgende.)

Verbotene Waareneinfuhr.

Da es erforderlich erscheint, weitere Vorschriften hinsichtlich des Einfuhrverbots von Waaren zu erlassen, welche, falls sie verkauft werden, auf Grund des vorliegenden Gesetzes der Confiscation unterliegen, so wird Folgendes festgesetzt:

be realised by the disposition of such goods (all trade marks and trade descriptions being first obliterated), award to any innocent party any loss he may have innocently sustained in dealing with such goods.

**13.**

Extension of 22 & 23 Vict. c. 17. to offences under this Act.

The Act of the session of the twenty-second and twenty-third years of the reign of Her present Majesty, chapter seventeen, intituled "An Act to prevent vexatious indictments for certain misdemeanours," shall apply to any offence punishable on indictment under this Act, in like manner as if such offence were one of the offences specified in section one of that Act, but this section shall not apply to Scotland.

**14.**

Costs of defence or prosecution.

On any prosecution under this Act the court may order costs to be paid to the defendant by the prosecutor, or to the prosecutor by the defendant, having regard to the information given by and the conduct of the defendant and prosecutor respectively.

**15.**

Limitation of prosecution.

No prosecution for an offence against this Act shall be commenced after the expiration of three years next after the commission of the offence, or one year next after the first discovery thereof by the prosecutor, whichever expiration first happens.

**16.**

Prohibition on importation.

Whereas it is expedient to make further provision for prohibiting the importation of goods which, if sold, would be liable to forfeiture under this Act; be it therefore enacted as follows:



- 1) Alle diejenigen Waaren, einschließlich solcher, die im Auslande hergestellt sind, welche einen Namen oder eine Schutzmarke tragen, die einem englischen Fabrikanten, Händler oder Kaufmann gehören, sind hierdurch von der Einfuhr in England ausgeschlossen, ausgenommen wenn der Name oder die Schutzmarke deutlich das Land ergeben, wo die Waaren hergestellt worden sind, und sollen derartige Waaren, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Gesetzesabschnittes, in diejenigen Waarenklassen einbegriffen sein, welche laut Abschnitt zweiundvierzig des Customs Consolidation Act of 1876 von der Einfuhr ausgeschlossen sind.
- 2) Vor der Beschlagnahme dieser Waaren oder vor Einleitung der Schritte zur Einziehung derselben auf Grund der Steuer-Gesetze sind die Steuer-Commissare (Commissioners of Customs) befugt, die Vorschriften dieses Gesetzesabschnittes hinsichtlich der Mittheilung, Bürgschaft, der Bedingungen und anderer Sachen in Wirksamkeit treten zu lassen, und können sich, in Uebereinstimmung mit den erwähnten Regeln, Gewißheit darüber verschaffen, daß die betreffenden Waaren thatsächlich solcher Art sind, deren Einfuhr dieser Gesetzesabschnitt verbietet.
- 3) Die Steuer-Commissare sind befugt, von Zeit zu Zeit allgemeine oder besondere Vorschriften über die Beschlagnahme und Confiscation solcher Waaren zu erlassen, die auf Grund dieses Gesetzesabschnittes von der Einfuhr ausgeschlossen sind. Gleichzeitig können sie die Bedingungen festsetzen, falls nöthig, die zu erfüllen sind, ehe solche Beschlagnahme oder Confiscation eintritt. Ferner können sie die Regeln bestimmen, welche hinsichtlich der Anzeige eines Vergehens und der zu gebenden Bürgschaft in Kraft treten sollen, sowie hinsichtlich der Beweis-erbringung auf Grund dieses Gesetzesabschnittes und der Art der Bestätigung solchen Beweises.

Die erlassenen Vorschriften können von den Commissaren jederzeit zurückgezogen und abgeändert werden.
- 4) In Fällen, wo sich auf Waaren ein Name befindet, welcher gleichlautend mit dem Namen eines Ortes im Vereinigten Königreich ist oder eine ersichtliche Nachahmung desselben bildet, soll derselbe im Sinne dieses Gesetzesabschnittes als Name eines Places im Vereinigten Königreich angesehen werden, es sei denn, daß der betreffende Ortsname auch von dem Namen des Landes begleitet ist, worin er liegt.



- 1) All such goods, and also all goods of foreign manufacture bearing any name or trade mark being or purporting to be the name or trade mark of any manufacturer, dealer, or trader in the United Kingdom, unless such name or trade mark is accompanied by a definite indication of the country in which the goods were made or produced, are hereby prohibited to be imported into the United Kingdom, and, subject to the provisions of this section, shall be included among goods prohibited to be imported as if they were specified in section forty-two of the Customs Consolidation Act, 1876.
- 2) Before detaining any such goods, or taking any further proceedings with a view to the forfeiture thereof under the law relating to the Customs, the Commissioners of Customs may require the regulations under this section, whether as to information, security, conditions, or other matters, to be complied with, and may satisfy themselves in accordance with those regulations that the goods are such as are prohibited by this section to be imported.
- 3) The Commissioners of Customs may from time to time make, revoke and vary, regulations, either general or special, respecting the detention and forfeiture of goods the importation of which is prohibited by this section, and the conditions, if any, to be fulfilled before such detention and forfeiture, and may by such regulations determine the information, notices, and security to be given, and the evidence requisite for any of the purposes of this section, and the mode of verification of such evidence.
- 4) Where there is on any goods a name which is identical with or a colourable imitation of the name of a place in the United Kingdom, that name, unless accompanied by the name of the country in which such place is situate, shall be treated for the purposes of this section as if it were the name of a place in the United Kingdom.



- 5) Diese Vorschriften können auf alle solche Waaren angewandt werden, deren Einfuhr auf Grund dieses Gesetzabschnitts verboten ist, oder es können verschiedenartige Vorschriften mit Bezug auf verschiedene Waarenklassen oder mit Bezug auf Vergehen, die damit in Verbindung stehen, erlassen werden.
- 6) Die Steuer-Commissare sollen bei der Festsetzung und Anwendung der betreffenden Vorschriften, sowie im Allgemeinen bei der Inkrastsetzung dieses Gesetzabschnittes, sei es in Ausübung ihres freien Ermessens oder ihrer Meinung oder im entgegengesetzten Falle, der Controle der Regierungscommissare des Staatsschatzes (Commissioners of Her Majestys Treasury) unterstehen.
- 7) Die Vorschriften können ebenfalls Bestimmungen darüber enthalten, in welcher Weise eine Person, die ein Vergehen zur Anzeige bringt, die Steuercommissare schadlos für etwaige Kosten und Auslagen halten muß, die infolge der Beschlagnahme oder daraus hervorgehender Rechtstreite entstehen.
- 8) Alle Vorschriften, die auf Grund dieses Gesetzabschnittes erlassen werden, sollen in der „London Gazette“ und im „Board of Trade Journal“ veröffentlicht werden.
- 9) Dieser Gesetzabschnitt soll genau solche Wirkung haben, als ob er einen Theil des „Customs Consolidation Act of 1876“ bildete, und soll sich auf die Insel Man erstrecken, und zwar gerade so, als ob dieselbe einen Theil des Vereinigten Königreichs bildete.
- 10) Abschnitt 2 der „Revenue Act of 1883“ soll von einem Tage an außer Kraft gesetzt werden, welcher durch die Vorschriften dieses Gesetzabschnitts bestimmt werden soll. Jedoch darf der Zeitpunkt nicht später hinausgeschoben werden, als bis zum ersten Januar Achtzehnhundertachtundachtzig, ohne irgend welche Ausführungen auf Grund obigen Gesetzes ungültig zu machen.

### Abchnitt 17.

(Siehe Erläuterungen auf Seite 57.)

#### Vorausgesetzte Verantwortlichkeit des Verkäufers bei Abgabe von Waaren, die eine Marke tragen.

Beim Verkauf von oder bei Abschluß eines Kaufcontractes über Waaren, an welchen Schutzmarken, Marken oder Waarenbezeichnungen angebracht sind, soll der Verkäufer verpflichtet sein, die Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen, daß die betreffende Marke eine echte Schutz-

- 5) Such regulations may apply to all goods the importation of which is prohibited by this section, or different regulations may be made respecting different classes of such goods or of offences in relation to such goods.
- 6) The Commissioners of Customs, in making and in administering the regulations, and generally in the administration of this section, whether in the exercise of any discretion or opinion, or otherwise, shall act under the control of the Commissioners of Her Majesty's Treasury.
- 7) The regulations may provide for the informant reimbursing the Commissioners of Customs all expenses and damages incurred in respect of any detention made on his information, and of any proceedings consequent on such detention.
- 8) All regulations under this section shall be published in the "London Gazette" and in the "Board of Trade Journal."
- 9) This section shall have effect as if it were part of the Customs Consolidation Act, 1876, and shall accordingly apply to the Isle of Man as if it were part of the United Kingdom.
- 10) Section two of the Revenue Act, 1883, shall be repealed as from a day fixed by regulations under this section, not being later than the first day of January one thousand eight hundred and eighty-eight, without prejudice to anything done or suffered thereunder.

## 17.

### Implied warranty on sale of marked goods.

On the sale or in the contract for the sale of any goods to which a trade mark, or mark, or trade description has been applied, the vendor shall be deemed to warrant that the mark is a genuine trade mark and not forged or falsely applied, or that the trade description

Breittrüdt, Das englische Gesetz der Waarenbezeichnung.

3



marke und nicht nachgeahmt oder fälschlich angebracht worden ist, oder daß die Waarenbezeichnung keine falsche Waarenbezeichnung im Sinne des vorliegenden Gesetzes ist, es sei denn, daß das Gegentheil in einem Briefe ausgedrückt und vom Käufer oder von einer Person an seiner Statt unterzeichnet und dem Käufer beim Verkauf oder beim Abschluß des Kaufcontractes übergeben und von letzterem angenommen worden sei.

### Abchnitt 18.

(Siehe Erläuterungen auf Seite 60, 61 u. folgende.)

Die Vorschriften des Gesetzes hinsichtlich falscher Bezeichnung finden in gewissen Fällen keine Anwendung.

In Fällen, wo bei Annahme des vorliegenden Gesetzes eine Waarenbezeichnung gesetzlich und allgemein an Waaren einer gewissen Gattung angebracht wird, oder für solche, die in einer besonderen Weise hergestellt werden, benutzt wird, um die besondere Klasse oder das besondere Herstellungsverfahren solcher Waaren zu kennzeichnen, sollen die Vorschriften dieses Gesetzes hinsichtlich falscher Waarenbezeichnung nicht Platz greifen. Es wird jedoch dabei vorausgesetzt, daß dort, wo die betreffende Waarenbezeichnung den Namen eines Platzes oder Landes einschließt und dazu berechnet ist, die Käufer über den Platz oder das Land der Herstellung irre zu leiten, oder in Fällen, wo die Waaren nicht thatsächlich in dem Lande oder Platze hergestellt worden sind, der darauf angegeben ist, dieser Gesetzesabschnitt keine Anwendung finden soll, es sei denn, daß unmittelbar vor oder nach dem Namen des Platzes oder Landes bei der Waarenbezeichnung in gleich auffälliger Weise der wirkliche Name desjenigen Platzes oder Landes angegeben wird, in welchem die Waaren thatsächlich erzeugt worden sind, sowie die Angabe, daß die Herstellung und Erzeugung dort erfolgte.

### Abchnitt 19.

#### Ausnahmefälle.

1. Das vorliegende Gesetz soll keine Person von der Einleitung eines Processes, eines Rechtsstreites oder anderen gerichtlichen Handlung befreien, welche gegen dieselbe eingeleitet werden könnten, wenn dieses Gesetz nicht bestände.

2. Nichts in vorliegendem Gesetz Enthaltene soll eine Person dazu berechtigen, sich zu weigern, eine vollständige Aussage zu machen, oder die Beantwortung einer Frage oder ein Verhör in einem Rechtsstreit abzulehnen; jedoch soll solche Angabe oder Antwort nicht als Beweis gegen

is not a false trade description within the meaning of this Act, unless the contrary is expressed in some writing signed by or on behalf of the vendor and delivered at the time of the sale or contract to and accepted by the vendee.

18.

Provisions of Act as to false description not to apply in certain cases.

Where, at the passing of this Act, a trade description is lawfully and generally applied to goods of a particular class, or manufactured by a particular method, to indicate the particular class or method of manufacture of such goods, the provisions of this Act with respect to false trade descriptions shall not apply to such trade description when so applied: Provided that where such trade description includes the name of a place or country, and is calculated to mislead as to the place or country where the goods to which it is applied were actually made or produced, and the goods are not actually made or produced in that place or country, this section shall not apply unless there is added to the trade description, immediately before or after the name of that place or country, in an equally conspicuous manner, with that name, the name of the place or country in which the goods were actually made or produced, with a statement that they were made or produced there.

19.

Savings.

1) This Act shall not exempt any person from any action, suit, or other proceeding which might, but for the provisions of this Act, be brought against him.

2) Nothing in this Act shall entitle any person to refuse to make a complete discovery, or to answer any question or interrogatory in any action, but such discovery or answer shall not be admissible in

3 \*



solche Person bei Verfolgung eines Vergehens gegen dieses Gesetz zugelassen werden.

3. Nichts in vorliegendem Gesetz Enthaltene soll so ausgelegt werden, daß dadurch ein Angestellter eines im Vereinigten Königreich wohnhaften Prinzipals der Verfolgung oder Bestrafung ausgesetzt wird, welcher bonafide die Befehle seines Prinzipals ausführt, und welcher auf Verlangen des Anklägers eine volle Aussage über seinen Prinzipal gemacht hat.

### Abschnitt 20.

#### Falsche Angabe, ein Hoflieferant zu sein.

Eine Person, welche fälschlicherweise die Angabe macht, daß gewisse Waaren von Hoflieferanten herrühren oder von einem Fabrikanten hergestellt sind, der für Ihre Majestät die Königin oder für die königliche Familie oder für eine Regierungsabtheilung arbeitet, soll bei summarischem Verfahren einer Strafe von bis zu zwanzig Pfund unterliegen.

### Abschnitt 21.

#### Anwendung des Gesetzes auf Schottland.

Bei Anwendung des Gesetzes in Schottland sollen die folgenden Änderungen stattfinden:

Der Ausdruck „Gesetz über summarische Gerichtsbarkeit“ soll bedeuten: „Das Gesetz von 1864 über summarisches Verfahren“, sowie irgend welche andere Gesetze zur Erweiterung des letzteren.

Der Ausdruck „Richter“ bedeutet „Sheriff“.

Der Ausdruck „Gericht mit summarischem Verfahren“ bedeutet das „Sheriff-Gericht“, und wird die volle Gerichtsbarkeit, welche zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlich ist, hierdurch auf die Sheriffs übertragen.

### Abschnitt 22.

#### Anwendung des Gesetzes auf Irland.

Bei Anwendung dieses Gesetzes in Irland sollen die folgenden Änderungen stattfinden:

Der Ausdruck „Gesetz über summarische Gerichtsbarkeit“ bedeutet, soweit es sich auf den Polizeibezirk der Hauptstadt Dublin bezieht, das „Gesetz bezüglich der Pflichten und Rechte der Friedensrichter jenes Bezirks“ und, soweit das übrige Irland in Betracht kommt, das Gesetz der Petty Sessions (für Irland) von 1851, sowie irgend ein darauf bezügliches Erweiterungs-gesetz.

Der Ausdruck „Gericht mit summarischem Verfahren“ bedeutet Richter, welche auf Grund jener Gesetze handeln.

evidence against such person in any prosecution for an offence against this Act.

3) Nothing in this Act shall be construed so as to render liable to any prosecution or punishment any servant of a master resident in the United Kingdom who *bonâ fide* acts in obedience to the instructions of such master, and, on demand made by or on behalf of the prosecutor, has given full information as to his master.

## 20.

### False representation as to Royal Warrant.

Any person who falsely represents that any goods are made by a person holding a Royal Warrant, or for the service of Her Majesty, or any of the Royal Family, or any Government department, shall be liable, on summary conviction, to a penalty not exceeding twenty pounds.

## 21.

### Application of Act to Scotland.

In the application of this Act to Scotland the following modifications shall be made:—

The expression "Summary Jurisdiction Acts", means the Summary Procedure Act, 1864, and any Acts amending the same.

The expression "justice" means sheriff.

The expression "court of summary jurisdiction" means the Sheriff Court, and all jurisdiction necessary for the purpose of this Act is hereby conferred on sheriffs.

## 22.

### Application of Act to Ireland.

In the application of this Act to Ireland, the following modifications shall be made:—

The expression "Summary Jurisdiction Acts", means, so far as respects the police district of Dublin metropolis, the Acts regulating the powers and duties of justices of the peace of such district, and as regards the rest of Ireland means the Petty Sessions (Ireland) Act, 1851, and any Act amending the same.

The expression "court of summary jurisdiction" means justices acting under those Acts.



### Abchnitt 23.

#### Abichaffung der Acte 25 und 26 Victoria, Capitel 88.

Das Gesetz der Waarenbezeichnung von 1862 (Merchandise Marks Act, 1862) wird hierdurch abgesehafft, und soll irgend eine nicht zurückgezogene gesetzliche Bestimmung, die sich auf eine solcherweise abgesehaffte Bestimmung bezieht, in der Weise ausgelegt werden, daß hierauf die entsprechende Vorschrift dieses Gesetzes anwendbar ist.

Es wird jedoch dabei vorausgesezt, daß diese Abichaffung nicht berühren soll:

- a) eine Strafe, einen Verfall oder eine Verurtheilung, welche auf Grund eines Vergehens gegen irgend eine hierdurch zurückgezogene gesetzliche Bestimmung auferlegt worden ist; noch
- b) die Einleitung oder Fortführung eines gerichtlichen Verfahrens oder einer Untersuchung auf Grund eines solch' abgesehafften Gesetzes, zwecks Einziehung einer fälligen Geldstrafe oder zwecks Bestrafung eines Vergehens, welches vor Inkrafttretung dieses Gesetzes begangen worden ist; noch
- c) irgend ein Recht, Vorrecht, eine Verpflichtung oder Verbindlichkeit, die auf Grund einer der hierdurch abgesehafften gesetzlichen Bestimmungen erworben, eingegangen oder abgeschlossen worden ist.

23.

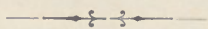
Repeal of 25 & 26 Vict. c. 88.

The Merchandise Marks Act, 1862, is hereby repealed, and any unrepealed enactment referring to any enactment so repealed shall be construed to apply to the corresponding provision of this Act; provided that this repeal shall not affect—

- a) any penalty, forfeiture, or punishment incurred in respect of any offence committed against any enactment hereby repealed; nor
- b) the institution or continuance of any proceeding or other remedy under any enactment so repealed for the recovery of any penalty incurred, or for the punishment of any offence committed, before the commencement of this Act; nor
- c) any right, privilege, liability, or obligation acquired, accrued, or incurred under any enactment hereby repealed.



## Das Gesetz der Waarenbezeichnung von 1891.



### Capitel 15.

Ein Gesetz zur Erweiterung des Gesetzes der Waarenbezeichnung von 1887. (11. Mai 1891.)

Es wird hiermit von Ihrer Erhabenen Majestät der Königin, gemäß der Rathschläge und mit Zustimmung der geistlichen und weltlichen Lords und des Hauses der Gemeinen, welche im gegenwärtigen Parlamente versammelt sind, und mit dessen Erlaubniß das Nachfolgende verordnet:

#### Abschnitt 1.

Die Zolleintragung soll als eine Waarenbezeichnung betrachtet werden. 50 & 51 Vict. c. 28.

Die Zolleintragung, welche sich auf eingeführte Waaren bezieht, soll im Sinne des Gesetzes der Waarenbezeichnung von 1887 als eine Bezeichnung, die den betreffenden Waaren angefügt ist, betrachtet werden.

#### Abschnitt 2.

Verfolgung von Amtswegen.

1. Das Handelsamt (Board of Trade) ist befugt, mit Zustimmung des Lord-Kanzlers, gewisse Regeln festzusetzen, durch welche die Bestimmung getroffen wird, daß in solchen Fällen, welche der Meinung des Handelsamts zufolge die Landesinteressen oder einen Theil der Gemeinschaft oder den Handel berühren, die Verfolgung von Vergehen gegen das Gesetz der Waarenbezeichnung von 1887 von dem Handelsamte einzuleiten ist, und worin ebenfalls die Bedingungen festgesetzt werden,

# Merchandise Marks Act, 1891.

---

## Chapter 15.

An Act to amend the Merchandise Marks Act, 1887.  
[11th May 1891.]

Be it enacted by the Queen's most Excellent Majesty, by and with the advice and consent of the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, and by the authority of the same, as follows:

### 1.

Customs entry to be trade description. 50 & 51  
Vict. c. 28.

The customs entry relating to imported goods shall, for the purposes of the Merchandise Marks Act, 1887, be deemed to be a trade description applied to the goods.

### 2.

Official prosecutions.

1) The Board of Trade may, with the concurrence of the Lord Chancellor, make regulations providing that in cases appearing to the Board to affect the general interests of the country, or of a section of the community, or of a trade, the prosecution of offences under the Merchandise Marks Act, 1887, shall be undertaken by the Board of Trade, and prescribing the conditions on which such prosecutions are



auf Grund deren solche Verfolgung eingeleitet werden soll. Die Kosten der solcherweise eingeleiteten Verfolgung sollen aus Geldern bestritten werden, die vom Parlament dazu gewährt worden sind.

2. Alle Regeln, die auf Grund dieses Abschnitts erlassen werden, sollen dem Parlamente innerhalb drei Wochen nach Erlass vorgelegt werden, falls dasselbe alsdann tagt, und falls das Parlament zu der Zeit nicht tagen sollte, dann innerhalb drei Wochen nach der Eröffnung der nächsten Parlaments-Session. Die Regeln sollen gerichtlich bekannt gemacht werden und sollen dieselbe Wirkung haben, als wenn sie auf Grund dieses Gesetzes erlassen worden wären, auch sollen dieselben nach Anweisung des königlichen Verlagsamts veröffentlicht werden.

3. Nichts in diesem Gesetz Enthaltene soll das Recht einer Person oder einer Behörde beeinträchtigen, etwaige Verfolgungen in anderer Weise einzuleiten, als auf Grund der oben erwähnten Regeln.

### Abchnitt 3.

#### Kurzer Titel.

Dieses Gesetz kann als „das Gesetz der Waarenbezeichnung von 1891“ bezeichnet werden, und können „das Gesetz der Waarenbezeichnung von 1887“ und dieses Gesetz zusammen als „die Gesetze der Waarenbezeichnung von 1887 und 1891“ bezeichnet werden.

to be so undertaken. The expenses of prosecutions so undertaken shall be paid out of moneys provided by Parliament.

2) All regulations made under this section shall be laid before Parliament within three weeks after they are made if Parliament is then sitting, and if Parliament is not then sitting, within three weeks after the beginning of the next session of Parliament, and shall be judicially noticed, and shall have effect as if enacted by this Act, and shall be published, under the authority of Her Majesty's Stationery Office.

3) Nothing in this Act shall affect the power of any person or authority to undertake prosecutions otherwise than under the said regulations.

### 3.

#### Short title.

This Act may be cited as the Merchandise Marks Act, 1891, and the Merchandise Marks Act, 1887, and this Act may be cited together as the Merchandise Marks Acts, 1887 and 1891.



## Ausführungs-Bestimmungen,

welche auf Grund des Abschnitts 16 des Gesetzes der Waarenbezeichnung von 1887 seitens der Steuercommissare erlassen worden sind.

In Erwägung, daß das Gesetz der Waarenbezeichnung von 1887 (hierin später „das Gesetz“ genannt)

Nach Festsetzung verschiedener Bestimmungen gegen den Verkauf oder die Feilhaltung oder den Besitz zum Zweck des Verkaufes, des Handels oder der Herstellung von Waaren mit gefälschten Schutzmarken oder falschen Bezeichnungen oder hinsichtlich solcher Schutzmarken, die an Waaren fälschlich angebracht werden;

Und nach Festsetzung (außer anderen Dingen) der Bedeutung des Wortes „Schutzmarke“, in der darin angegebenen Weise, mit Bezug auf das „Gesetz über Patente, Musterzeichnungen und Schutzmarken von 1883“ und das Gesetz bezüglich der angeordneten englischen Besitzungen und fremden Staaten;

Und nach Festsetzung des Ausdrucks „Waarenbezeichnung“ als eine directe oder indirecte Bezeichnung, Angabe oder sonstige Bestimmung hinsichtlich der Anzahl, der Menge, des Maßes, der Richtung oder des Gewichtes von Waaren, hinsichtlich des Platzes oder Landes, in welchem die Waaren gemacht oder hergestellt worden sind, hinsichtlich der Art der Herstellung oder Hervorbringung von Waaren, oder hinsichtlich des Rohstoffes, aus welchem die Waaren hergestellt sind, oder hinsichtlich der Thatsache, daß gewisse Waaren einem bestehenden Patente, Vorrecht oder Verlagsrecht unterliegen;

Und nach Festsetzung der Bedeutung des Wortes „Falsche Waarenbezeichnung“ und „Waaren“, „anwenden“ und „fälschlich anwenden“;

auf Grund des Abschnitts 16 anordnet und festsetzt, daß

## Regulations

made by the Commissioners of Customs under  
Section 16 of the Merchandise Marks Act, 1887.

Whereas by the Merchandise Marks Act 1887 (hereinafter called "the Act,")

After various provisions against the sale, or exposure for sale, or possession for sale, trade or manufacture, of goods with forged trade marks or false descriptions, or trade marks falsely applied to them:—

And after defining (amongst other things), the expression "trade mark" in manner therein set forth, with reference to "The Patents, Designs and Trade Marks Acts, 1883," and the law of indicated British Possessions and Foreign States:—

And after defining the expression "trade description" as any description, statement or other indication, direct or indirect, as to number, quantity, measure, gauge, or weight, of goods, as to place or country in which any goods were made or produced, as to the mode of manufacturing or producing any goods, or as to the material of which any goods are composed, or as to any goods being the subject of any existing patent, privilege, or copyright:—

And after defining the expressions "false trade description" and "goods," "apply," and "falsely apply;"

It is provided by Section 16 that,



- I) Alle solche Waaren, wie sie oben erwähnt sind, und
- II) Alle Waaren fremden Ursprungs, die einen Namen oder eine Schutzmarke tragen, welche angeblich Name oder Schutzmarke eines Fabrikanten, Händlers oder Kaufmannes im Vereinigten Königreich sind, außer in solchen Fällen, wo der Name oder die Marke von einer deutlichen Bezeichnung des Landes begleitet ist, in welchem die Waaren hergestellt oder verfertigt worden sind,

von der Einfuhr ausgeschlossen sein sollen und, vorbehaltlich der Bestimmungen des erwähnten Gesetzabschnittes, in diejenigen Waarenklassen, deren Einfuhr verboten ist, eingeschlossen sein sollen, als wenn dieselben in Abschnitt 42 des Gesetzes der Steuervorschriften von 1876 enthalten sind; —

Und in Erwägung, daß auf Grund des Abschnitts 18 des besagten Gesetzes, nach Gewährung des fortgesetzten Gebrauches solcher Waarenbezeichnungen, die gesetzlich und allgemein an Waaren einer besonderen Klasse angebracht werden oder mittelst einer besonderen Art und Weise hergestellt werden, um solche Klasse oder Methode zu bezeichnen, festgesetzt wird, daß in allen Fällen, wo solche Waarenbezeichnung den Namen eines Platzes oder Landes einschließt, welcher dazu berechnet ist, die Käufer über das wirkliche Ursprungsland irrezuführen, indem solche Waaren nicht thatächlich in dem angegebenen Lande oder Orte hergestellt worden sind, der erwähnte Gesetzabschnitt nicht angewandt werden soll (und demgemäß die so bezeichneten Waaren von der Einfuhr ausgeschlossen sein würden), es sei denn, daß unmittelbar vor oder hinter dem Namen des Platzes oder Landes, und in ebenso auffälliger Weise, der wirkliche Name des Ursprungsplatzes oder Landes angefügt wird, sammt einer Angabe, daß die Waaren dort gemacht oder hergestellt worden sind; —

Und in Erwägung, daß der besagte Gesetzabschnitt 16 ferner festsetzt, daß die Zollcommissare (hierin später „die Commissare“ genannt) von Zeit zu Zeit allgemeine oder besondere Bestimmungen erlassen, zurückziehen oder abändern können, mit Bezug auf die Beschlagnahme und Confiscation von Waaren, deren Einfuhr, wie oben erwähnt, verboten ist, sowie die Bedingungen, falls solche vorhanden, die erfüllt werden müssen vor solcher Beschlagnahme und Confiscation, und in fernerer Erwägung, daß dieselben mittelst solcher Bestimmungen die Art und Weise der Anzeige, Angabe und zu leistenden Sicherheit festsetzen können und die Herbeischaffung des Beweises für irgend einen der Zwecke des besagten Gesetzabschnittes und die Art der Beglaubigung solchen Beweises regeln können; —

- I) All such goods as above mentioned, and
- II) All goods or foreign manufacture, bearing any name or trade mark, being or purporting to be, the name or trade mark of any manufacturer, dealer, or trader, in the United Kingdom, unless such name or mark be accompanied by definite indication of the country in which such goods were made or produced,

shall be prohibited to be imported, and, subject to the provisions of the said section, shall be included among goods prohibited to be imported, as if they were specified in Section 42 of "The Customs Consolidation Act, 1876":—

And whereas by Section 18 of the Act, after authorizing the continued use of trade descriptions lawfully and generally applied to goods of the particular class, or manufactured by a particular method, to indicate such class or method, it is provided that, where such trade description includes the name of a place or country calculated to mislead as to where the goods were actually made or produced, such goods not having been actually made or produced there, the said reciting section should not apply, (and, consequently, goods so marked would be prohibited), unless there be added to the trade description, immediately before or after the name of the place or country, in an equally conspicuous manner with that name, the name of the place or country in which the goods were actually made or produced, with a statement that they were made or produced there:—

And whereas it is also provided, by the said Section 16, that the Commissioners of Customs (hereinafter called "the Commissioners"), may, from time to time, make, revoke and vary regulations, either general or special, respecting the detention and forfeiture of goods the importation of which is prohibited as hereinbefore mentioned, and the conditions, if any, to be fulfilled before such detention and forfeiture, and may by such Regulations determine the information, notices, and security to be given, and the evidence requisite for any of the purposes of the said Section, and the mode of verification of such evidence:—



Und da es ferner durch den letztgenannten Gesetzabschnitt angeordnet wird:

Daß vor Beschlagnahme der Waaren, oder der Einleitung zur Confiscation derselben, auf Grund des Zoll-Gesetzes, die Commissare befugt sind, die Forderung zu erheben, daß den obengenannten Bestimmungen Folge geleistet werde, und sich davon überzeugen, daß die Waaren dem Verfall unterliegen;

Daß solche Bestimmungen auf alle Güter angewandt werden können, deren Einfuhr auf Grund des besagten Gesetz-Abschnittes verboten ist, oder daß verschiedene Bestimmungen hinsichtlich verschiedener Klassen solcher Waaren erlassen werden können;

Und ferner, daß mittelst der Bestimmungen Fürsorge getroffen werden kann, daß der Angeber den Commissaren alle Kosten und Auslagen zurückerstatte, welche ihnen durch seine Angabe und durch Maßregeln infolge solcher Beschlagnahme erwachsen; —

Und da durch den besagten Gesetz-Abschnitt vorgesehen wird, daß Abschnitt 2 der Revenue Acte von 1883 zurückgezogen werden soll von einem Datum an, welches durch die Regeln der wiederholt erwähnten Abschnitte festzusetzen ist, welches Datum jedoch nicht später als am ersten Januar 1888 fallen darf, ohne Beeinträchtigung irgend welcher Maßregeln, die auf Grund derselben getroffen worden sind; —

Und in Erwägung, daß Abschnitt 2 der Revenue Acte von 1883 dasjenige Gesetz ist, auf Grund dessen Waaren fremden Ursprungs, welche das Eigenthumsrecht von englischen Unterthanen beeinträchtigen, sei es durch Namen, Adressen und Schutzmarken, oder sei es dadurch, daß sie unter gewissen Bedingungen den Namen eines Platzes im Vereinigten Königreich oder eines Theiles desselben tragen, gegenwärtig von den Zollbeamten, welche auf ihre eigene Wahrnehmung und Verantwortlichkeit hin handeln, angehalten und beschlagnahmt werden, gemäß der Vorschriften der Commissare, und ohne daß es nöthig wäre, hierüber vorher Anzeige zu machen, Sicherheit zu stellen, oder andere Bedingungen zu erfüllen:

So erlassen wir, die Commissare, daher, auf Grund der uns dieserhalb übertragenen Rechte, die folgenden Bestimmungen und fordern hiermit zur Erfüllung derselben auf, und zwar:

1. Waaren, deren Einfuhr verboten ist, wie dieses oben angegeben worden, welche mit nachgemachten Schutzmarken, falschen Waarenbezeichnungen oder mit sonstigen gesetzwidrigen Marken, Namen oder Bezeichnungen versehen sind, und welche bei der Durch-



And it is further provided by the said last-mentioned Section:—

That before detaining goods or taking proceedings with a view to the forfeiture thereof under the law relating to the Customs, the Commissioners may require that such Regulations as aforesaid shall be complied with, and satisfy themselves as to the liability of the goods to forfeiture:—

That such Regulations may apply to all goods, the importation of which is prohibited by the said Section, or different Regulations may be made respecting different classes of such goods:—

And also that the Regulations may provide for the informant reimbursing the Commissioners all expenses and damages incurred in respect of any detention made on his information, and of any proceedings consequent on such detention:—

And it is also provided, by the said Section, that Section 2 of the Revenue Act 1883 shall be repealed from a day to be fixed by regulations under the said reciting Sections, such day not being later than the first day of January 1888 without prejudice to anything done or suffered thereunder:—

And whereas Section 2 of the Revenue Act 1883 is the law under, and by virtue of which, goods of foreign manufacture infringing the proprietary rights of British subjects in Names, Addresses, and Trade Marks, or bearing or having upon them, under certain conditions, the name of a place in or a part of the United Kingdom, are, at the present time, detected and stopped by Officers of Customs acting on their own observation and responsibility, under directions laid down by the Commissioners, and without the requirement of previous information, security, or other conditions:—

Now, therefore, the Commissioners under and by virtue of the hereinbefore recited power in that behalf, hereby make and require to be complied with the following Regulations, viz.,

1. Goods prohibited to be imported as hereinbefore recited, having applied to them forged trade marks, false trade descriptions, or marks, names, or descriptions otherwise illegal, which, upon examination are detected by the officers of Customs, are to be

Breitbild, Das englische Gesetz der Warenbezeichnung.



suchung von den Zollbeamten entdeckt werden, sind von ihnen anzuhalten, ohne daß es erforderlich ist, vorher Anzeige davon zu machen.

2. Bei Anzeigemachung mit Bezug auf eine Beschlagnahme von Waaren muß der Angeber die folgenden Bedingungen erfüllen, nämlich:

I) Er muß dem Steuereinnehmer oder dem Ober-Zollbeamten des betreffenden Hafens (oder Unterhafens), in welchem vermuthet wird, daß die Waaren eingeführt werden, eine schriftliche Anzeige erstatten, in welcher das Folgende enthalten ist:

Die Anzahl der erwarteten Colli, soweit es ihm möglich ist, dieses anzugeben; die Bezeichnung der Waaren durch Marken oder andere Einzelheiten, welche genügen, um ihre Identität festzustellen; der Name und weitere genügende Feststellung des Schiffes, durch welches die Einfuhr stattfindet; die Weise, in welcher die Waaren gegen das Gesetz verstoßen; der Tag, an welchem die Ankunft des Schiffes erwartet wird;

II) Er muß bei dem Steuereinnehmer oder anderen Beamten, wie es oben beschrieben ist, eine Summe hinterlegen, welche der Meinung des betreffenden Beamten nach genügend groß ist, um irgendwelche Extrakosten, die aus der auf Grund seiner Angabe gemachten Durchsuchung entstehen mögen, zu decken.

3. Falls bei Ankunft und Durchsuchung der Waaren der betreffende Zollbeamte die Ueberzeugung gewonnen hat, daß kein Grund vorliegt, dieselben anzuhalten, so werden dieselben ausgeliefert. Falls er diese Ueberzeugung nicht gewinnen kann, so hat er darüber zu entscheiden, ob die Waaren einfach anzuhalten sind, wie solche im Falle einer Beschlagnahme bei der gewöhnlichen Durchsuchung der Waaren stattfindet, oder ob es nöthig ist, von dem Angeber eine Sicherheit zu fordern für die Rückerstattung aller Auslagen und Kosten an die Commissare oder deren Beamte, welche durch die Beschlagnahme, die auf Grund seiner Angabe vorgenommen worden ist, oder für irgendwelche daraus erwachsende Verfahren, entstanden sind.

4. Die solcherweise erforderliche Sicherheit muß in ein sofortiges ad valorem-Depot von zehn Pfund per Cent des Werthes der Waaren bestehen, wie solches von dem Beamten auf Grund der Werthmengen, die bei der Einfuhr vorgezeigt werden, festgesetzt

detained by them without the requirement of previous information.

2. In giving information with a view to detention an informant must fulfil the following conditions, viz.:—

i) He must give to the Collector or Superintendent, or the Chief Officer of Customs at the Port (or Sub-port) of expected importation, notice in writing stating,

the number of packages expected, as far as he is able to state the same;

the description of the goods by marks or other particulars sufficient for their identification;

the name or other sufficient indication of the importing ship;

the manner in which the goods infringe the Act;

the expected day of the arrival of the ship;

ii) He must deposit with the Collector or other Officer as aforesaid a sum sufficient, in the opinion of that Officer, to cover any additional expense which may be incurred in the examination required by reason of his notice.

3. If, upon arrival and examination of the goods, the Officer of Customs is satisfied that there is no ground for their detention, they will be delivered. If he is not so satisfied, he will decide either to detain the goods, as in a case of detention upon ordinary examination, or to require security from the informant, for reimbursing the Commissioners or their officers all expenses and damages incurred in respect of the detention made on his information and of any proceedings consequent thereon.

4. The security thus required must be an immediate *ad valorem* deposit of ten pounds per cent. on the value of the goods, as fixed by the Officer from the quantities of value shown by the entry; and, also, subsequently a bond to be completed

4\*



wird; die Sicherheit muß ferner aus einer Bürgschaft bestehen, welche innerhalb 4 Tagen zu vervollständigen ist, zur doppelten Höhe des Werthes der Waaren, und sind hierfür zwei anerkannte Bürgen zu stellen. Das ad valorem-Depot wird bei Vervollständigung zurückgegeben, und ist dasselbe nicht erforderlich, falls der Angeber, wo die Zeit es erlaubt, es vorzieht, eine derartige Bürgschaft vor der zollamtlichen Untersuchung zu stellen, deren Höhe nach dem Werthe der Waaren zu bemessen ist, auf Grund einer eidlichen Erklärung seinerseits. Falls die Sicherheit nicht in der gehörigen Weise, wie es oben vorgeschrieben, gegeben wird, so werden die Waaren nicht weiter angehalten.

5. In den obigen Bestimmungen hat das Wort „Zollbeamte“ die Bedeutung, daß damit ein Beamter gemeint ist, welcher in Gemäßheit der allgemeinen oder besonderen Befehle der Commisfare handelt, und bedeuten die Worte „Werth der Waaren“ den Werth ohne Berücksichtigung des Zolles.
6. „Die Anzeigen“ und „Bürgschaften“, welche oben verlangt werden, müssen in der Form ausgestellt sein, wie sie in der diesen Bestimmungen angefügten Liste enthalten sind, oder in solch' anderer Form, wie die Commisfare sie von Zeit zu Zeit festsetzen und vorschreiben.
7. Die Sicherheit, welche auf Grund dieser Bestimmungen geleistet wird, soll zu der Zeit wieder ausgehändigt werden, wie es nachfolgend festgesetzt wird, nämlich:

Falls dieselbe vor der zollamtlichen Untersuchung geleistet worden ist, und falls keine Beschlagnahme stattfindet, sofort.

In Fällen, wo dieselbe bei der Beschlagnahme geleistet wird:

Falls die Confiscation thatsächlich eingetreten ist, sei es durch Ablauf der Frist oder durch ein später erfolgendes Urtheil des Verfalles von einem Gerichtshof, dann nach thatsächlichem Eintritt der Confiscation.

Falls die Confiscation nicht thatsächlich erfolgt, dann: sobald die Waaren von den Commisfaren wieder freigegeben werden, und keine Klage oder kein Prozeß gegen sie oder einen ihrer Beamten angestrengt worden ist hinsichtlich der Beschlagnahme, dann nach Verlauf von drei Monaten von der Zeit der Beschlagnahme an; oder falls die Waaren aus dem Grunde wieder freigegeben werden, weil keine

within four days in double the value of the goods, with two approved sureties. The *ad valorem* deposit will be returned upon completion of the bond, and will not be required if, as an alternative where time permits, the informant prefers to give a like bond before examination, upon estimated value of the goods declared to by him under statutory declaration. If the security is not duly given as above required, there will be no further detention of the goods.

5. In the above regulations the words "Officer of Customs" mean an officer acting under the general or special direction of the Commissioners, and the words "value of the goods" mean value irrespective of duty.
6. The "Notice" and "Bond" required as above shall be in the forms contained in the Schedule to these Regulations, or in such other forms as the Commissioners may from time to time order and direct.
7. The security taken under these Regulations will be given up at the times following, that is to say:—

Where given before examination, and if no detention, forthwith.

Where given on detention:—

If the forfeiture is completed, either by lapse of time or ultimate condemnation by a Court of Justice, then on such completion of forfeiture.

If the forfeiture is not completed, then

If the goods are released by the Commissioners, and no action or suit has been commenced against them, or any of their officers, in respect of the detention, then at the expiration of three months from the time of detention; or, if the goods are released for failure of proceedings taken for the forfeiture and condemnation thereof upon infor-



Schritte ergriffen worden sind, zu deren Confiscation und Verfall, gemäß Abschnitt 207 der „Customs Consolidation Act of 1876“, und keine Klage oder kein Proceß gegen die Commissare oder deren Beamte angestrengt worden ist, bezüglich der Beschlagnahme, dann nach Ablauf von drei Monaten nach dem Versuch solchen Nachweises.

Falls innerhalb des obengenannten Zeitraums irgend ein derartiger Proceß oder eine derartige Klage angestrengt worden ist, dann nach der endgültigen Entscheidung solcher Proceßsache oder Klage, und der Erfüllung des Zweckes, für den die Sicherheit geleistet worden ist.

8. Diese Bestimmungen sollen sich auch auf Umladungen und auf Waaren in Transito beziehen, sowie auch auf Waaren, die gelandet worden sind, um auf Speicher gelegt zu werden, oder welche für den einheimischen Verbrauch bestimmt sind.
9. Durch diese Bestimmungen soll der erste Januar 1888 als derjenige Tag festgesetzt werden, an welchem Abschnitt 2 der Revenue Acte von 1883 außer Kraft gesetzt wird, jedoch vorbehaltlich der Regeln der besagten Acte, und werden diese Bestimmungen vom Tage solcher Außerkraftsetzung an in Wirksamkeit treten.

Charles Du Cane	}	Zoll-Commissare Ihrer Majestät.
H. Murray		
Horace Seymour		

Zollamt London,  
1. December 1887.

(Hier folgt Formular der zu leistenden Bürgschaft.)

mation under section 207 of "The Customs Consolidation Act, 1876", and no action or suit has been commenced against the Commissioners, or any of their officers, in respect of the detention, then at the expiration of three months from the trial of such information.

If within such periods as aforesaid any such action or suit as aforesaid has been commenced, then upon the ultimate conclusion of such action or suit, and the fulfilment of the purpose for which the security was given.

8. These Regulations apply to transshipment and transit goods as well as to goods landed to be warehoused, or for home consumption.
9. The 1st day of January 1888 is, by these "Regulations", fixed as the day from which section 2 of the "Revenue Act, 1883", shall be repealed, subject to the terms of the recited Act; and these Regulations will take effect from the date of such repeal.

Charles Du Cane	{	Commissioners of H. M. Customs.
H. Murray		
Horace Seymour		

Custom House, London,  
1st December 1887.



# Erklärungen.

## Auszug

aus einem Bericht der Königlichen Zoll-Commissare (Commissioners of Her Majesty's Customs) vom 14. November 1888 an die Königlichen Commissare des Staatsschatzes (Lords Commissioners of Her Majesty's Treasury).

## Das Gesetz der Waarenbezeichnung.

Am 1. Januar ist das „Gesetz der Waarenbezeichnung“, welches in der letztverflossenen Parlamentssession zur Annahme gelangte, in Wirksamkeit getreten, soweit dessen Vorschriften sich auf die Einfuhr von Waaren beziehen, die es umfaßt.

Vergleiche  
Abschnitt 1.

Das vorliegende Gesetz besitzt einen bedeutend weitreichenderen Spielraum, als die früheren gesetzlichen Vorschriften hinsichtlich dieses Gegenstandes ihn zuließen; dasselbe hat demzufolge auch einen bedeutend tieferen Eindruck auf die kaufmännischen Kreise hervorgerufen, und ist die Anwendung desselben einer sehr eingehenden Kritik von Seiten derjenigen Personen, deren Geschäfte dadurch berührt wurden, ausgesetzt gewesen.

Obgleich das Gesetz nicht die öffentlichen Einnahmen berührt, werden Ew. Lordschäften doch wahrscheinlich von uns erwarten, daß wir in unserem Bericht eine Zusammenstellung der Schritte wiedergeben, welche wir unternommen haben, um diejenigen Vorschriften des Gesetzes in Wirksamkeit zu setzen, welche die Thätigkeit dieser Verwaltungsabtheilung beanspruchen.

Das Gesetz, welches sowohl eine zum Ausbau wie zur Erweiterung bestimmte Parlamentsacte darstellt, empfing am 23. August 1887 die Königliche Bestätigung.



Im Juli, vor dessen Annahme, ernannten wir einen Abtheilungs-Ausschuß, bestehend aus unserem Rechtsbeistand Mr. Follett, ferner aus Mr. Browne, einen unserer höheren Aufsichtsbeamten, und Mr. Pahn, Vorstand unserer Secretariats-Abtheilung, um die Bestimmungen, die uns auf Grund des Abschnitts 16 vorbehalten sind, zu besprechen, vor-<sup>Vergleiche Abschnitt 16.</sup> zubereiten und sie uns zur Erwägung vorzulegen.

Am 5. October übersandten wir Ew. Lordschäften einen Entwurf, welcher sich auf den Bericht des vorerwähnten Ausschusses stützt, und wurden nach einigen mündlichen Besprechungen und nach Vorlage eines ferneren Berichtes an Ew. Lordschäften am 16. November die betreffenden Bestimmungen am 30. desselben Monats endgültig genehmigt und am 2. December in der „London Gazette“ veröffentlicht.

Wir hatten bereits am 20. October 1887 einen Abdruck des Gesetzes unseren Zollannehmern und höheren Beamten zugehen lassen, wobei wir deren Aufmerksamkeit auf dasselbe wie auf gewisse Punkte lenkten, die wir für wünschenswerth fanden, besonders beachtet zu werden.

Nach Bekanntmachung der Bestimmungen erließen wir unterm 22. December eine fernere Generalverfügung, welche wir unseren Beamten zustellten, in welcher wir ihnen in genauerer Form die Bedeutung der Bestimmungen, sowie des damit in Verbindung stehenden Verfahrens auseinandersetzen.

#### Ausführungsbestimmungen des vorliegenden Gesetzes.

Bei der Abfassung der Bestimmungen hatten wir die nachfolgenden Erwägungen besonders im Auge zu behalten:

In verschiedenen Kreisen englischer Fabrikanten hegte man die Erwartung, daß dem englischen Handel ein bedeutender Vorschub durch die Bestimmungen dieses Gesetzes geleistet werden würde; vorzüglich herrschte diese Erwartung unter einer gewissen Klasse von Fabrikanten, wie z. B. Messerhändlern, Uhrmachern und dergleichen, welche eine Hauptrolle bei der Förderung der Gesetzgebung über diesen Gegenstand spielten.

Diese Fabrikantenkreise legten besonders Gewicht auf die Bestimmungen der Waaren-Einfuhr, um dadurch der unreellen und unredlichen Bezeichnung von Waaren zu steuern und erwarteten dieselben (von ihrem Standpunkte aus allerdings nicht mit Unrecht), daß die Untersuchung seitens der Zollbehörden sehr genau und erschöpfend vorgenommen werden würde. Es stellten sich jedoch der Ausführung des Gesetzes bis zu dessen äußerster Grenze sichtliche Bedenken entgegen. Es entstand die Frage der Kosten und die Frage der praktischen Durchführbarkeit.

Um ein System erschöpfender Durchsuchung der eingeführten Waaren<sup>Vergl. Abschnitt 2 u. 17.</sup> herzustellen, würde es einer sehr großen nochmaligen Ausgabe für Ver-



größerung der Zahl der Angestellten bedurft haben, und bestand der noch zwingendere Einwand, daß die Einführung eines solchen Systems bedenkliche Verzögerungen und Störungen bei Ablieferung der Waaren hervorgerufen haben würde. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der Handel im allgemeinen einer ständigen Gefahr der Verzögerung oder gar eines Aufhörens des heutigen Systems der schnellen Güterablieferung ausgesetzt gewesen wäre. — Es würde sich die Klage erhoben haben, daß das Uebel, welches das vorliegende Gesetz zu heilen bestimmt sei, sich in größerem Maße erneuert habe durch die Uebel, welche es selbst geschaffen. Wir mußten daher unser Bestreben darauf richten, den Absichten des Gesetzes alle billig erscheinende Wirkung zu verleihen, ohne den Steuerzahlern zu große Lasten aufzubürden, und gleichzeitig die Vortheile eines beschränkten Tarifs zu bewahren, welche natürlich die freie Bewegung des Handels erleichtern. Außerdem bezog sich das Gesetz klar und deutlich auf gewisse Waarengattungen, deren Einfuhr ungeseklich war und deren Natur unsere Beamten ihrem eigenen Ermessen nach unmöglich in der Praxis bestimmen konnten. Obgleich wir demzufolge unseren Beamten Anweisung erteilten, in solchen Fällen, wo es besonderer Kenntniß oder Erfahrung bedarf, um ungesekliche Marken oder Waarenzeichen zu entdecken, die Güter vorbehaltlich unserer Entscheidung anzuhalten, so haben wir trotzdem gleichzeitig unsere Beamten darauf hingewiesen, daß sie in gewissen Fällen die Waaren nicht aus eigenem Antrieb zu beschlagnahmen brauchen.

Vergl. Ausführungsbestimmungen u. Abschnitt 2 u. 4.

In vorgedachten Fällen brauchen sie im Allgemeinen nur auf Grund von Angaben einzuschreiten, die ihnen von Personen gemacht werden, welche durch die Einfuhr geschädigt werden, oder die aus irgend einem anderen Grunde vorzugehen wünschen.

Um diesen Personen nun die Möglichkeit zu geben, die nöthigen Schritte zu unternehmen, haben wir Verhaltungsmaßregeln angeordnet, welche sie zu ergreifen erwartet werden. Dieselben sind in der „London Gazette“ veröffentlicht worden. Ferner gehören hierher die Eintragungen in das Namen- und Markenregister, wie dieses in der Ausführungsbestimmung vom 22. December 1887 von uns festgesetzt ist.

Vergleiche Abschnitt 10.

Wir führen dieses hier nur deshalb an, weil von einigen Seiten Beschwerde darüber geführt worden ist, daß die Formalitäten, die ein „Angeber“ durchzumachen hat, so umständlich seien. Wir erwarten ferner von unseren Beamten nicht, eine Entscheidung darüber fällen zu müssen, ob Waaren, die angeblich in einem gewissen Lande hergestellt sind, dort wirklich erzeugt wurden oder nicht, vorausgesetzt, daß sie auf einem anerkannten Wege von jenem Lande anlangten. Unsere Beamten sind jedoch angewiesen, Waaren anzuhalten, die angeblich Erzeugnisse eines gewissen Landes sind, jedoch von Häfen eintreffen, die nicht als gewöhn-



liche Verkehrsrouten zu betrachten sind, oder aus Häfen, wo diese Waaren, wie allgemein bekannt, nicht hergestellt werden, es sei denn, daß genügende Beweise dafür erbracht werden, um die Echtheit jener Waaren darzuthun.

Vorbehältlich obiger Ausnahme ist es die Pflicht unserer Beamten, Waaren herauszufinden und anzuhalten, welche der Vorschrift des Gesetzes zuwider gemarkt sind, außer daß dieselben mittelst einer richtig stellenden Bezeichnung versehen worden.

Es dürfte daher nützlich sein, in kurzen Umrissen die allgemeinen Vorschriften des Gesetzes über verbotene Bezeichnung bei der Einführung von Waaren aufzuzählen, und was wir als richtige Anbringung solcher Bezeichnung für nöthig erachten.

Das Gesetz bezieht sich auf Marken, Namen und Waarenbezeichnungen. Vergleiche Abschn. 2 u. 16.

Abschnitt 16 enthält die Vorschriften des Verbots der Einfuhr von Waaren im Vereinigten Königreich. Der wirksamste Theil dieses Abschnitts ist in der Unter-Abtheilung (1) enthalten, welche, obgleich nur aus einem Satz bestehend, doch zwei getrennte Waarenklassen umfaßt und Verbote enthält, die auf verschiedenen Grundsätzen beruhen.

Erstlich umfaßt der Abschnitt alle Waaren mit falschen oder nachgeahmten Schutzmarken oder Waarenbezeichnungen, welche, falls sie sich auf Waaren vorfinden, die in England verkauft werden, dem Gesetz nach diese Waaren der Beschlagnahme aussetzen.

Zweitens umfaßt der Abschnitt alle Waaren fremden Ursprungs, welche Namen oder Schutzmarken tragen, die einer Firma in England gehören, es sei denn, daß die betr. Namen oder Schutzmarken von einer Bezeichnung begleitet sind, die das Ursprungsland deutlich erkennbar machen.

Wir haben bereits angedeutet, daß wir unseren Beamten nicht zumuthen können, solche Waaren anzuhalten, auf denen sich falsche Waarenzeichen befinden, oder auf denen solche ungesetzlich angebracht sind. Eine Beschlagnahme kann hierbei nur lediglich auf Grund einer Angabe erfolgen, die von der geschädigten Partei ausgeht.

Hinsichtlich der falschen Waarenbezeichnung jedoch liegt die Sache wesentlich anders. Der Ausdruck „Waarenbezeichnung“ ist ein sehr dehnbarer auf Grund des Gesetzes; derselbe umfaßt „Angabe oder Bezeichnung“, sei es „mittelbar oder unmittelbar“, welche der „Waare“ einen Charakter verleihen. Wir haben bereits einige Unterschiede angegeben, die wir unter den Klassen der Waarenbezeichnungen gezogen haben, und zwar zwischen solchen, welche auf Anregung unserer Beamten als „falsch“ zu bezeichnen sind, und solchen, die in der Praxis nur auf Angabe von außen her der Beschlagnahme unterliegen. Bei solchen Waaren aber, die wegen falscher Waarenbezeichnung angehalten werden, besteht der Vergleiche Abschnitt 3.



größte Theil aus solchen, deren Inschriften, Bezeichnungen oder Angaben indirect falsch, und zwar meistens hinsichtlich des Ortes oder Landes, wo sie hergestellt worden.

Derartige Waaren erwarten wir von unsern Beamten beschlagnahmt zu sehen.

Vergl. Abschn. 5 u. 18.

Sofort nachdem das Gesetz in Kraft getreten, erhob sich die Frage, ob Waarenbezeichnungen in englischer Sprache auf fremden Waaren als indirecte Nachahmung von englischen Erzeugnissen zu gelten habe oder nicht.

Mit Ausnahme solcher Fälle, die wir noch später erwähnen werden, müssen derartige Bezeichnungen als Nachahmung angesehen werden. Es wäre sicherlich nicht zum Vortheil der Allgemeinheit gewesen, wenn das Gesetz von Anfang an in schärfster Weise zur Anwendung gebracht worden wäre. Wir fingen folglich damit an, fremde Waaren mit Bezeichnungen in englischer Sprache zuzulassen, unter der Verwarnung, daß in Zukunft die englische Sprache nur dann angewandt werden dürfe, wenn dabei der fremde Ursprung der Waaren angegeben wird, und daß die Bezeichnung richtig gestellt werden müsse durch Beifügung der Worte „made abroad“.

Anfangs waren hierdurch die Importeure, besonders die deutschen, im hohen Grade erregt, weil es durchaus erforderlich erachtet wurde, daß die englische Sprache als Bezeichnung auf Waaren angewandt werden müsse, die zum Verkauf unter englisch redender Bevölkerung bestimmt waren.

Wir erklärten denselben jedoch, daß gegen den Gebrauch der englischen Sprache auf fremden Waaren oder auf der Verpackung derselben keine Einwendungen erhoben werden würden, vorausgesetzt, daß die betreffende Waarenbezeichnung von Wörtern, ebenfalls in Englisch, begleitet wären, um zu zeigen, daß die Waaren fremden Ursprungs seien.

Anschließend an diese Bemerkung, möchten wir noch hervorheben, daß Seitens der Importeure vielfach Irrthümer begangen werden mit Bezug auf die Art der Aufschrift, welche fremde Waaren mit englischer Bezeichnung tragen müssen. Es wurde die Ansicht laut, daß das Geschäft derjenigen Personen, die als Agenten oder Wiederverkäufer von Waaren fungirten, dadurch vernichtet werden würde, wenn sie gezwungen sein sollten, zu der Bezeichnung auch das Ursprungsland jener Artikel anzugeben zu müssen, weil dann die Käufer sich direct an das Ursprungsland wenden würden.

Wo jedoch die Bezeichnung des Ursprungs eine indirecte ist, gebrauchen wir auch nur eine indirecte Aufschrift, und um der Regel zu genügen, nur englische Wörter auf fremden Waaren anzubringen, sind wir zufriedengestellt, daß etwa Wörter wie „made abroad“ angewandt



werden. Wo die mißleitende Bezeichnung eine directe ist und den Namen eines Platzes oder Landes einschließt, da fordern wir eine directe Aufschrift und die Nennung des wirklichen Ursprungslandes.

Dieses ist durchaus erforderlich, wo Schutzmarken unter Abschnitt 18 Vergleiche Abschnitt 18. des Gesetzes fallen, das heißt also, wo die Waarenbezeichnung selbst den wesentlichen Theil eines Orts- oder Landesnamens bildet. In diesen Fällen, wie in allen anderen, wo Ursprungsbezeichnungen oder Wörter erforderlich sind, müssen erstere einen Theil der Aufschrift selbst bilden. Es ist nicht erlaubt, die Bezeichnung auf eine besonders angebrachte Etiquette oder auf einem anderen Theil der Waaren anzubringen, welcher nicht gleichzeitig das Auge des Käufers und Gebrauchers auf sich lenkt.

Im Allgemeinen haben wir die kaufmännischen Kreise bereit gefunden, ihre Einrichtungen den neuen Erfordernissen anzupassen, und sind wir in vielen Fällen um Beihülfe gegangen, um Importeuren die richtige Bezeichnung ihrer Waaren zu erleichtern. Soweit wir dieses konnten, haben wir den an uns gerichteten Wünschen gern entsprochen.

Es sind jedoch auch Fälle vorgekommen, wo Händler es versuchten, nicht gerade das Gesetz zu umgehen, aber doch demselben so wenig wie möglich nachzukommen, indem sie die Ursprungsbezeichnung in sehr kleinem Druck oder undeutlicher Schrift anbrachten oder an solchen Stellen hinsetzten, die, wie man annehmen konnte, nicht beachtet werden würden. Einige der an uns gerichteten Anfragen zeigten deutlich die Absicht, nur aus dem Grunde Rathschläge von uns zu erzielen, um herauszufinden, wie nahe das Gesetz umgangen werden könne.

In vielen Fällen stieß die Erledigung der aufgeworfenen Fragen auf bedeutende rechtliche Schwierigkeiten, und haben wir es nicht für unsere Pflicht gehalten, eine entscheidende Ansicht hierüber abzugeben. Wir überließen es den Bittstellern, sich Rath von berufener Seite ertheilen zu lassen.

Bei anderen Gelegenheiten fanden wir es rathsam, zu warten, bis ein entsprechender Fall in der Praxis eintrat, da unsere Entscheidung in großem Umfang durch die Umstände bei jeder Einfuhr und durch vorhandene Thatsachen hätte beeinträchtigt werden können.

Gleich im Anfang unserer Anwendung des Gesetzes fanden wir jedoch Vergleiche Abschnitt 2 u. 18. heraus, daß es manche Handelszeichen und Etiquetten giebt, welche, obgleich sie genau genommen als Waarenbezeichnungen betrachtet werden können, doch nur zur Erleichterung des Handelsverkehrs dienen, und zwar um die Waarenklasse zwecks Sortirens, Verpackens u. s. w. derselben zu bezeichnen, auch um den Stoff, die Güte oder Länge anzugeben. Wir haben demzufolge die Entscheidung getroffen, daß, trotzdem diese Einzelheiten etwa in englischer Sprache angegeben sein sollten, doch die damit



versehenen Waaren nicht wegen Fehlens der Ursprungsbezeichnung an- gehalten werden sollen, soweit die Anwendung dieser Bezeichnungen nicht im Geringsten über das Nothwendige hinausgehen und nicht dazu be- rechnet sind, die Aufmerksamkeit des Käufers oder Gebrauchers auf sich zu ziehen. Wir haben unseren Beamten demgemäß Befehl ertheilt.

Vergleiche  
Abschnitt 3.

Bei Anwendung der Vorschriften über „Waarenbezeichnungen“ auf eingeführten Waaren entstanden Fragen, deren Entscheidung bedeutende Schwierigkeiten bereiteten, und zwar darüber, inwieweit gewisse Worte als „Bezeichnungen“ oder „Theile der Waaren“ betrachtet werden müssen. Dem Wortlaut des Gesetzes zufolge werden „Bezeichnungen auf Waaren“ angebracht, und sind daher „Waaren“ und „Bezeichnungen“ verschiedene Begriffe. Indem wir diesen Unterschied im Auge behielten und den Rath- schlag unseres Rechtsbeistandes befolgten, haben wir bestimmt, daß die Anwendung der englischen Sprache auf auswärts verfertigten Waaren als Theil der Waaren gestattet ist. Es bezieht sich dieses auf Weihnachts- und Geburtstagskarten, sowie auf Wörter, wie z. B.: „Photographs“, „Stamps“, „Scrap Book“ auf Albums, „Tobacco“ auf Tabacksbeutelchen, „Gold“, „Silver“, „Stamps“ u. s. w. auf Abtheilungen der Geldbörse; die Namen von Gasthöfen oder Lieferanten auf Geschirr, das zum Ge- brauch in Etablissements oder von Firmen bestimmt ist, deren Namen es trägt; „fast“ und „slow“ auf Regulatoren von Genfer Uhren u. s. w.

Wir haben hinsichtlich der Sprache bei Waaren, die von Deutsch- land kamen und französische oder spanische Aufschriften trugen, nach denselben Grundsätzen verfahren, wie bei französischen Artikeln, die italienische Aufschriften zc. trugen.

In solchen Fällen würde jedoch die Hinzufügung einer ungewissen Bezeichnung, wie „made abroad“ bei uns ohne Bedeutung sein, und haben wir die Importeure daher darauf aufmerksam gemacht, daß solche Wörter hinzugefügt werden müssen, welche das Ursprungsland deutlich anzeigen.

Vergleiche  
Abschnitt 18.

Wir haben bereits früher erwähnt, daß das Gesetz den Gebrauch der englischen Sprache auf fremden Waaren verbietet. Um nun im Sinne des Gesetzes eine Fälschung nachzuweisen, erfordert dasselbe nicht nur eine falsche Angabe über den Ursprung der Waaren am Verkaufsorte, sondern eine Unwahrheit bei der ursprünglichen Anwendung der Marke. Es folgt hieraus, daß das Verbot der englischen Sprache sich nur auf solche Waaren erstrecken kann, welche in Ländern nicht englischer Zunge her- gestellt sind. Soweit die Anwendung der englischen Sprache einer mittel- baren Bezeichnung des Ursprungs dient, ist sie als gesetzlich und richtig bei solchen Waaren zu betrachten, die im englisch sprechenden Gemein- wesen hergestellt sind.



Demzufolge sind Waarenbezeichnungen in englischer Sprache auf Waaren, die von englischen Besitzungen oder aus den Vereinigten Staaten Amerikas kommen, zulässig, ohne daß das Ursprungsland, falls es England nicht ist, bezeichnet zu werden braucht, vorausgesetzt, daß kein anderer Einwand auf Grund dieses Gesetzes vorliegt. Weiter haben wir keine Schwierigkeiten bei der Einfuhr solcher Waaren erhoben, die Aufschriften in Englisch trugen, obgleich es bekannt war, daß sie nicht im Vereinigten Königreich wachsen konnten, wo aber die Aufschrift, soweit der Ursprung in Betracht kam, zu keiner Mißleitung Anlaß bot. Ferner sind auch die Wörter, wie: „Patent“, „Registered“, „Copyright“ u. nicht von uns beanstandet worden, weil sie den Vorschriften verschiedener Parlamentsacten entsprechend erforderlich sind und deren Anwendung gestattet ist, sobald dieselbe wahrheitsgemäß erfolgt.

Wir möchten noch hinzufügen, daß unsere Beamten Anweisung erhalten haben, keine Waaren zu beschlagnahmen, die in Verpackungen enthalten sind, worin sie nicht feilgehalten werden können und welche Ortsnamen in England enthalten, die augenscheinlich nur die Bezeichnung des Bestimmungsortes darstellen; auch machten wir bekannt, daß Aufschriften wie „William Evans-Leeds“ auf Colli bei der Einfuhr frischer Früchte und Gemüse u. nicht die Beschlagnahme von Waaren herbeiführen solle.

Wir kommen nun zum zweiten Theil der Unter-Abtheilung (1) des <sup>Vergleiche</sup> Abschnitts 16, nämlich desjenigen, welcher sich auf fremde Waaren mit Namen oder Marken, die thatächlich oder angeblich Eigenthum eines Fabrikanten, Händlers oder Verkäufers im Vereinigten Königreich sind, bezieht. Wie unser Rechtsbeistand uns mittheilt, schließt dieses auch den Handel durch feste Zweigniederlassungen oder Vertreter in England ein. Waaren, die unter diese Klasse fallen, sind billigerweise denen zuzurechnen, welche unsere Beamte selbst entdecken sollten; der einzige Punkt, der bei diesem Theil des Gesetzesabschnittes besondere Beachtung verdient, ist die Auslegung, welche das Wort „angeblich“ erfahren soll. Ferner hatten wir im letzten Theil der Unter-Abtheilung die Auslegung der Wörter „endgültige Bezeichnung“ bei Ursprungsaufschriften zu erwägen, welche die Waaren, die sonst von der Einfuhr ausgeschlossen sind, im Vereinigten Königreich zulässig machen.

In unserer General-Verordnung vom 22. December 1887 gaben wir unseren Beamten die Weisung, daß das Wort „angeblich“ in dem Sinne zu verstehen sei, daß es auf Namen Anwendung finde, die billiger- und vernünftigerweise als Namen englischer Fabrikanten, Händler oder Kaufleute angesehen werden müßten, ohne Rücksicht darauf, ob der betreffende



Name den Beamten bekannt ist oder nicht; ferner in Fällen, wo eine Schutzmarke nicht nur als Verzierung oder Verschönerung angebracht ist und die sich von selbst schon als englische Marke erweist, indem sie englische Worte oder nationale Sprüche oder Figuren enthält, die sie deutlich als englisches Erzeugniß bezeichnet.

Hinsichtlich der Wörter „endgültige Bezeichnung“ schreibt Abschnitt 16 vor, daß diese endgültige Bezeichnung den Namen oder die Schutzmarke „begleiten“ muß, deren Ursprung sie festzustellen beabsichtigt.

Der letzte Theil des Abschnitts 18 schreibt vor, daß in gewissen Fällen eine Waarenbezeichnung, die den Namen eines Platzes oder Landes enthält, sofort dahinter in ebenso auffälliger Weise den Ort oder das Land zeigen muß, wo die betreffende Waare thatsächlich erzeugt worden ist; auch muß dabei angegeben werden, daß sie dort erzeugt wurde.

Indem wir diese Bestimmung, welche so deutlich in Abschnitt 18 angegeben ist, zu unserer Richtschnur nahmen, haben wir unsere Beamten angewiesen, zu beachten, daß „endgültige Bezeichnung“ des Ursprungslandes der Waaren, die unter Abtheilung 16 fallen und die dem Anschein nach den Namen oder die Marke eines englischen Fabrikanten, Händlers oder Kaufmanns tragen, dahin zu verstehen sei, daß besagte Waaren unmittelbar vor oder nach obigen Namen oder Marken in ebenso auffälliger Weise das Ursprungsland tragen müssen.

Vergleiche  
Abschnitt 5  
u. 10.

So z. B. ist es erwünscht, daß zur Bezeichnung des Ursprungs, deutsche Waaren, die den Namen „John Brown“ tragen, mit der Hinzufügung „Made in Germany“ versehen werden, und zwar in unmittelbarer Nähe der ersteren Bezeichnung, auch in gleich auffälliger Schrift und in gleich unverwischbarer Anbringung wie diese, sei es durch Schrift, Stempelung oder Druck. Die endgültige Bezeichnung des Ursprungslandes darf nicht von dem Namen des Händlers oder von der damit in Beziehung stehenden Schutzmarke getrennt angebracht sein, noch darf dieselbe mittelst einer besonderen Etiquette oder Zettel, welche leicht abgerissen werden könnten, hinzugefügt werden, noch darf dieselbe in kleiner unauffälliger Schrift angebracht werden, welche dazu berechnet erscheint, das Auge des Käufers nicht in gleicher Weise auf sich zu lenken, als der Name oder die Marke.

Es kann nicht klar und deutlich genug ausgedrückt werden, daß jeder Versuch, die ehrliche und gerade Erfüllung dieser Vorschriften zu umgehen, zum mindesten eine nachtheilige Verzögerung in der Ablieferung der Waaren, wenn nicht gar empfindliche Strafe nach sich zieht.

Wir möchten noch hinzufügen, daß das Gesetz genau genommen für jeden Namen oder jede Marke, die sonst ungesetzlich wäre, eine besondere



Gegenbezeichnung fordert, jedoch haben wir uns bei Auslegung dieser Regel, soweit dieses möglich, jedesmal von den Thatfachen des Falles leiten lassen. Wir haben nicht auf eine Wiederholung bestanden, wo uns bereits eine Ursprungsbezeichnung genügend erschien, das Auge auf sich zu lenken, um in der Weise mehrere Namen oder Marken zu decken.

Um einige Ausnahmen von der genauen Anwendung des Gesetzes, die ja in der Praxis natürlich vorkommen, zu kennzeichnen, mögen ein oder zwei Fälle hier Platz finden.

Bei der Einfuhr von Porzellan und irdenen Gefäßen, Tassen, Brüh-schüsseln, Näpfen, Theetöpfen zc. haben wir es genehmigt, daß die Ursprungsbezeichnung auf der Unterseite des Gefäßes angebracht werden darf, da sie dort weniger nachtheilig für die Waare ist. Auch zogen wir dabei in Erwägung, daß die bezeichnete Stelle bei dieser Waarenklasse der übliche Platz ist, an der Bezeichnungen angebracht werden. Bei Druckheften, die den Namen eines Verlegers oder Herstellers in England tragen, kann die Ursprungsbezeichnung auf der ersten oder letzten Seite angebracht werden, wie es auch bei der Anbringung des Druckers Namen auf Grund des Gesetzes 2 Vict. c. 12, Abschnitt 2, erforderlich ist. In andern Fällen, wo der Name des Händlers ebenfalls von einer Adresse begleitet ist, oder wo die Schutzmarke den Namen eines Ortes einschließt (wobei jedoch keine derselben das wirkliche Ursprungsland bezeichnen), fordern wir eine Angabe, wo die Waaren hergestellt sind. So halten wir es z. B. für nicht genügend, wenn deutsche Waaren, die den Namen „John Brown, London“ tragen, mit der Bezeichnung „Germany“ versehen werden. Es ist hierbei durchaus erforderlich, die Aufschrift „Made in Germany“ zu setzen. Ebenfalls ist es nothwendig, auf Waaren, die den Namen „John Brown, London und Berlin“ tragen, eine Bezeichnung anzubringen, die keinen Zweifel über das thatsächliche Ursprungsland läßt. Waaren aus Nordamerika, welche Ortsnamen tragen, die mit englischen gleichnamig sind, müssen ebenfalls die Buchstaben U. S. A. tragen.

Abchnitt 18 setzt einige Waarenbezeichnungen fest, welche gänzlich von der Anwendung des vorliegenden Gesetzes ausgeschlossen sind, und zwar haben wir zum Beispiel auf Grund desselben die Einfuhr von Glasknöpfen gestattet, welche als „Yet“ bezeichnet worden waren. Der oben erwähnte Gesetzabschnitt hat jedoch keine weitere Ausdehnung auf solche Güter, welche nicht mit dem Namen eines Ortes im Vereinigten Königreich versehen sind.

Das Gesetz beschäftigt sich in besonderer Weise mit einer Klasse von Waaren, nämlich mit Uhren.

Abchnitt 7 und 8 beziehen sich auf diesen Gegenstand. Der Ausdruck Vergl. Abchnitt 7 u. 8.

Breitrad, Das englische Gesetz der Waarenbezeichnung.



„Uhr“ im Sinne des ersterwähnten Gesetzabschnittes umfaßt sämtliche Theile einer Uhr mit Ausnahme des Uhrgehäuses.

In Fällen, wo ein Uhrgehäuse ein Wort oder eine Marke trägt, welche die Bezeichnung eines Landes darstellen oder im gewöhnlichen Sinne darzustellen scheinen, wofelbst das Gehäuse gemacht worden ist, und die Uhr selbst keine Bezeichnung des Landes trägt, wofelbst sie gefertigt wurde, so schreibt das Gesetz vor, daß die Marke auf dem Gehäuse sich auf die Uhr selbst bezieht. Diese Fälle betreffen also daher ein Uhrgehäuse, welches mit einer eingetragenen englischen Marke oder mit einer englischen Bezeichnung oder mit dem Namen eines englischen Fabrikanten versehen ist, und welches beim Fehlen einer Angabe auf irgend einen Theil der Uhr allgemein gesprochen, das Publikum dazu verleiten würde, anzunehmen, daß die ganze Uhr englisches Fabrikat ist.

Um diesen Vorschriften des Gesetzes nun nachzukommen, haben wir unsere Beamten mit besonderen Instructionen versehen.

Vergleiche  
Abschnitt 8.

Abschnitt 8 des Gesetzes schreibt vor, daß in solchen Fällen, wo ein Uhrgehäuse nach einem Aichamt im Vereinigten Königreich hingebraucht wird, um dortselbst geächt, gestempelt oder gemarkt zu werden, diejenige Person, welche es dorthin bringt oder hinschickt, eine Erklärung abgeben soll, in welcher sie den Namen des Landes oder Ortes angeben soll, in welchem die Herstellung erfolgte. Ferner besagt das Gesetz, daß, falls ein Uhrgehäuse außerhalb des Vereinigten Königreichs hergestellt worden ist, eine andere Marke (wie solche vom Kronrath festzusetzen ist) darauf angebracht werden muß, als diejenige Marke, welche auf Uhrgehäuse angebracht wird, die in England hergestellt werden. Die Marken, welche auf ausländischen Uhrgehäusen anzubringen sind, sind durch Verfügung des Kronrathes vom 28. November v. J. bestimmt worden. Am 18. Januar haben wir unseren Beamten die nöthigen Befehle ertheilt, welche ihnen als Richtschnur gelten sollen, um diesen Theil des Gesetzes zur Ausführung zu bringen.

Gegen Ende des verflossenen Jahres nahm die Regierung der Schweiz eine Marke an, welche auf silberne Uhrgehäuse anzubringen ist, und welche die Worte „Carat“ und „Sterling silver“ enthalten kann, und zwar in Verbindung mit drei Figuren eines Bären, auf einem Schild in dreieckiger Form angebracht. Es ist uns nun von unserem Rechtsbeistand mitgetheilt worden, daß, während das Wort „Carat“ ohne Anstoß gebraucht werden kann, der Ausdruck „Sterling silver“ dem Gesetze nach ohne weitere Bezeichnung verboten ist. Wir haben demgemäß das Verlangen gestellt, daß in solchen Fällen, wo die Worte „Sterling silver“ gebraucht werden, gleichzeitig die Bezeichnung des Ursprungslandes der Waaren angegeben sein muß.

Die Arbeitshäufung, welche das vorliegende Gesetz mit sich brachte, hat sich ziemlich unregelmäßig über unsere Hafenplätze vertheilt.

Manche Häfen spürten wenig von der Wirkung des Gesetzes, in andern hingegen, in denen zahlreiche Sendungen verarbeiteter Waaren vom Continent ankamen, hatten unsere Beamten eine große Arbeitslast zu bewältigen.

Bis zum 31. März d. J. betrug die Anzahl der beschlagnahmten Sendungen in London und Liverpool 2152 und in den Außenhäfen 1739. Diese 3891 Sendungen umfaßten über 110000 Kisten und Colli verschiedener Art!

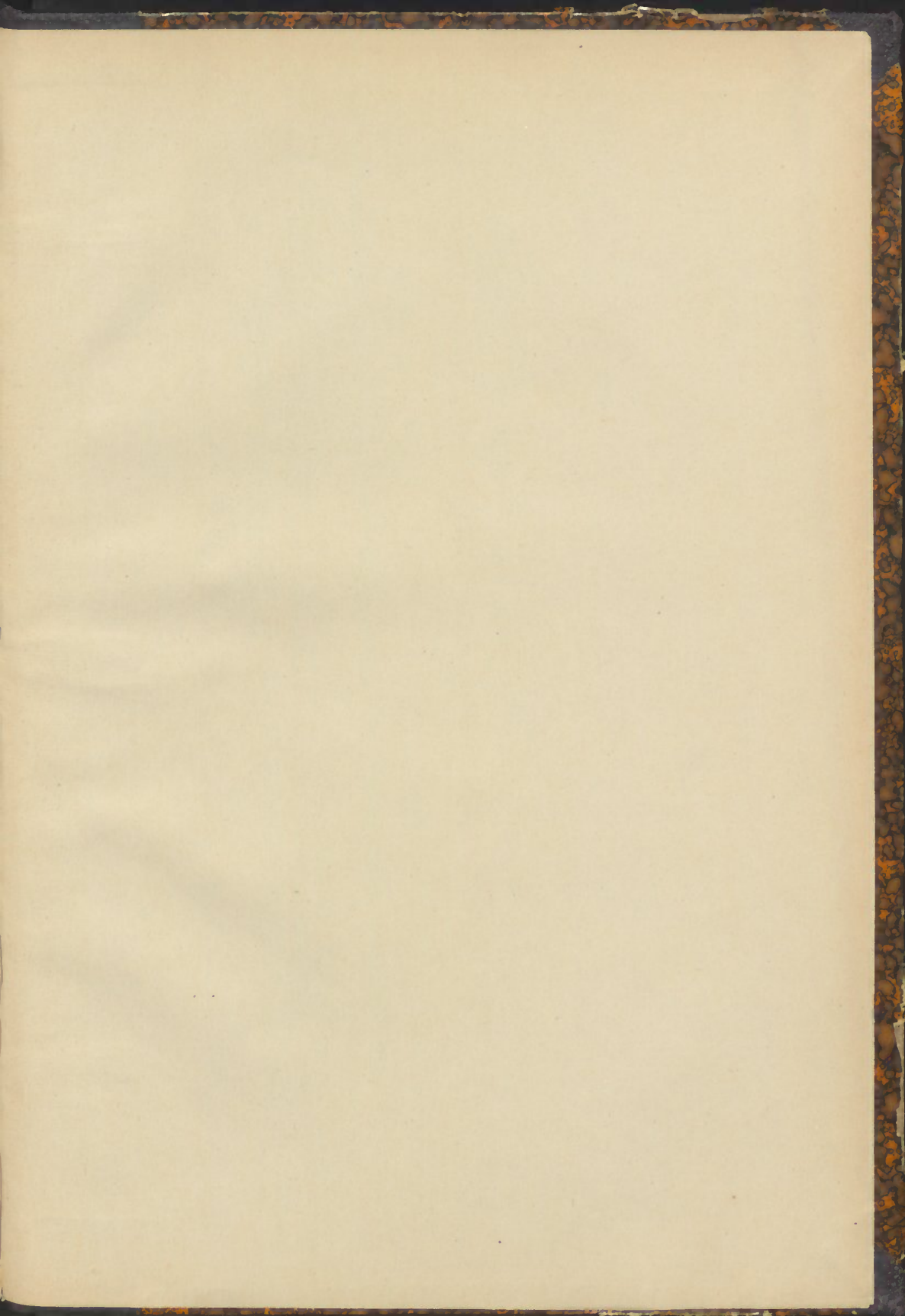
Nächst London und Liverpool kamen die meisten Beschlagnahmen in Harwich, Hull, Grimsby, Newhaven, Dover und Newcastle vor.

(Der Bericht ist vom 17. November 1888 datirt und von den Königl. Zoll-Commissaren unterzeichnet.)



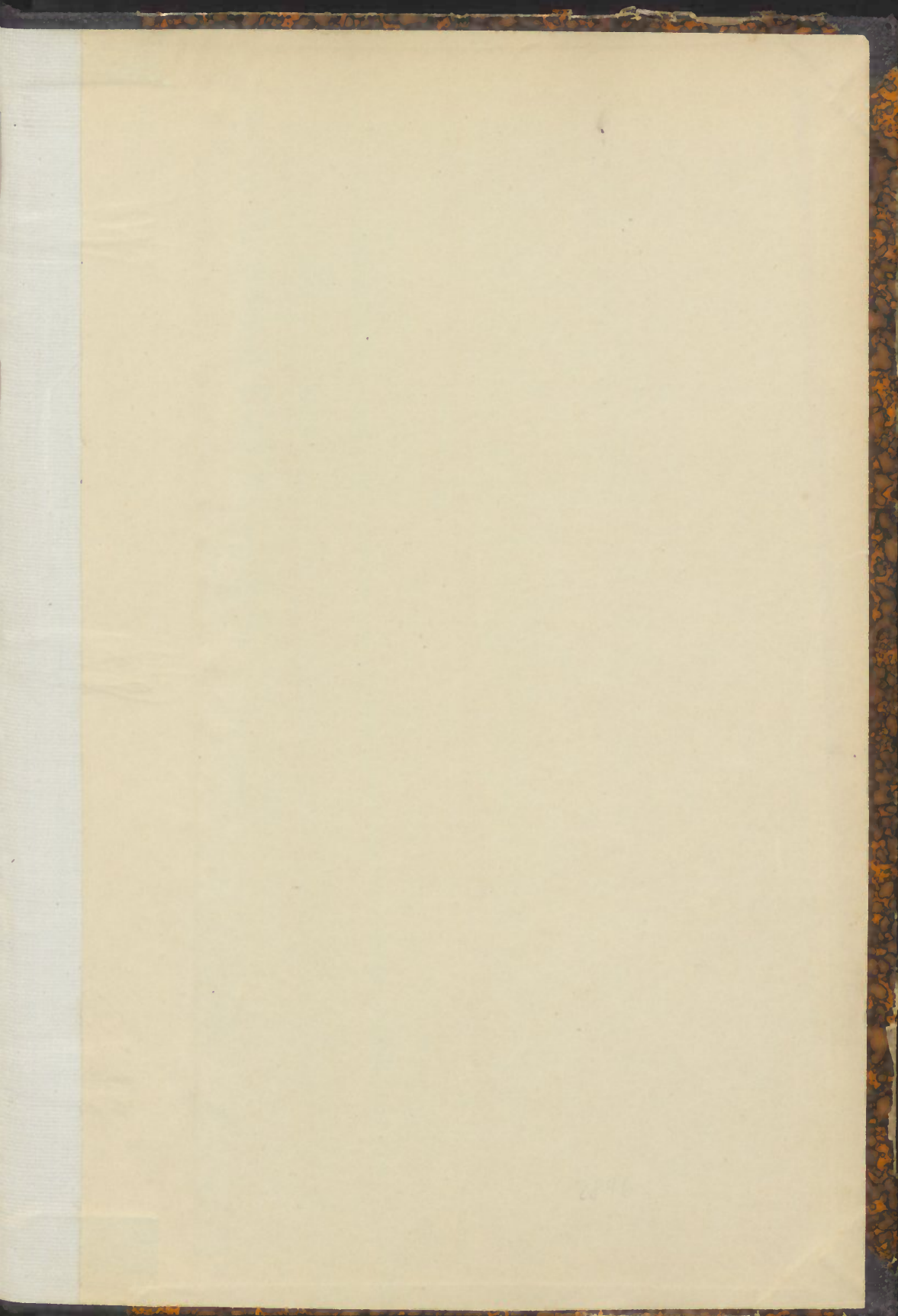


Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.













206\$0224974X